

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Breis pränumerando
Bierzeitung 3.90 RM. monatlich 1.20 RM.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 21. Juli 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die deutsche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften über die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz.

Am 20. Juli ging das folgende Schreiben über die Teilnahme von Partei und Gewerkschaften an der Stockholmer Allgemeinen Sozialistenkonferenz an die Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenvertreter, z. B. des Genossen Wladimir Rosanoff z. B. in Stockholm ab.

Werte Genossen!

Der Vorstand und die Delegation der deutschen Sozialdemokratie haben den Bericht über die mit der Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte am 4. und 5. Juli in Stockholm geführten Verhandlungen gehört. Sie bestätigen aufs neue ihre bereits durch Brief vom 7. Juni gegebene Erklärung über die Teilnahme an der in Stockholm geplanten allgemeinen Sozialistenkonferenz.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die in Deutschland vorhandenen annexionsistischen Tendenzen seit Kriegsbeginn scharf bekämpft. Sie ist durchaus der Auffassung, daß die Regierungen, die nach der allgemeinen Sozialistenkonferenz noch nicht klar und unzweideutig ihre Kriegsziele bekannt geben oder bei der Bekanntgabe als ihr Kriegsziel Eroberungen oder finanzielle Vergewaltigungen bezeichnen, auf das entschiedenste bekämpft werden müssen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bereits durch Beschluß ihres Vorstandes und Ausschusses vom 19. April ihr Einverständnis mit der Friedensplattform des Arbeiter- und Soldatenrats erklärt.

Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, die diesen Grundsätzen entsprechenden Beschlüsse der Konferenz anzuerkennen und durchzuführen, wobei sie voraussetzt, daß es sich dabei nur um Beschlüsse handelt, die auf alle Parteien zutreffen und daß alle an der Konferenz teilnehmenden sozialistischen Parteien der kriegsführenden Länder sich verpflichten, diese Beschlüsse gleichzeitig mit allen zur Verfügung stehenden Kräften durchzuführen.

Die deutsche Sozialdemokratie wünscht den Bemühungen der russischen Genossen um das Zustandekommen der Konferenz weiterhin den besten Erfolg und erwartet, daß es in Stockholm gelingen wird, für ein gemeinsames Arbeiten aller sozialistischen Parteien ein Einverständnis zu erzielen.

Mit sozialistischen Grüßen!

Für den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: gez. Fr. Ebert.

Für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: gez. E. Legien.

Für die Delegation der deutschen Sozialdemokratie: gez. D. Müller.

Der Reichstag vertagt sich.

Der Reichstag hat sich gestern bis zum 26. September vertagt, hat aber zugleich dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt, ihn auch schon früher einzuberufen, falls sich die Notwendigkeit dazu herausstellen sollte. Ermächtigungen solcher Art schließen Verpflichtungen in sich ein. Einen Reichstag, der in jedem Augenblick wieder zusammentreten kann, darf keine Regierung als nicht vorhanden betrachten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auch diesmal wieder, wie bisher stets, die Kriegskredite bewilligt. Die Frage, ob die Erklärungen der Regierung zur Friedensfrage ausreichend waren oder nicht, verliert an Bedeutung, da der Reichstag selbst eine ausreichende, die Regierung bindende Erklärung abgegeben hat. Diese Erklärung herbeigeführt zu haben, ist der große Erfolg des letzten Sessionsabschnittes. Er hätte nicht erreicht werden können, wenn die Sozialdemokratie durch eine Aenderung ihrer bisherigen Taktik in der Kreditfrage die Mehrheit gesprengt hätte. Dadurch aber, daß die Sozialdemokratie diese Taktik beibehielt, ist eine zersetzende Niederlage der Annexionisten herbeigeführt worden.

Wer die Kämpfe der Sozialdemokratie gegen den Imperialismus in den Spalten des „Vorwärts“ verfolgt hat, den wird es mit hoher Genugtuung erfüllen, daß das so lange heftig hin- und herwogende Ringen jetzt durch ein Votum des Reichstags entschieden worden ist. Der Frieden ist damit noch nicht erreicht, aber ein schweres Hindernis auf dem Wege zu ihm ist fortgeräumt.

Dieser schöne Erfolg ist nicht nur ohne, sondern sogar gegen die Unabhängigen herbeigeführt worden. Die sind — es gibt keinen milderen Ausdruck dafür — der Sozial-

demokratie bei ihrem Kampf gegen die imperialistischen Tendenzen in den Rücken gefallen. Gestern rühmte sich die alldeutsche „Tägliche Rundschau“, die Abstimmung sei doch für ihre Richtung gar nicht so schlimm ausgefallen: 116 gegen 214, das wäre doch gar kein so übles Ergebnis. Man muß dazu wissen, daß von den 116 Stimmen der Minderheit 20 von den Unabhängigen geliefert sind. Hätten diese gestimmt, wie es die sozialistischen Grundsätze und der einfache Menschenverstand gebieten, dann wäre die Resolution, die sich für einen Frieden ohne Eroberungen und ohne Entschädigungen ausspricht, mit 234 gegen 96 Stimmen angenommen worden, die Niederlage der Annexionisten wäre noch viel größer gewesen und der Eindruck der deutschen Friedenserklärung noch viel stärker. Durch ihr verblendetes Treiben sind die Unabhängigen zur Hilfsarmee der Annexionisten geworden. Dieser geht's nicht mehr!

In diesem Zusammenhang verdient noch ein Moment der vorgestrigen Sitzung hervorgehoben zu werden. Es ist schon bekannt, daß Genosse Scheidemann einen leidenschaftlichen Appell an Regierung und Reichstag für die Befreiung Liebknechts richtete. Als er das tat, herrschte in dem Hause, das ja am Schicksal Liebknechts nicht unschuldig ist, ein betörendes, fast feierliches Schweigen. Der Eindruck war sichtbar stark. Plötzlich krähte aus dem äußersten linken Winkel eine Stimme: „Sie haben kein Recht, für Liebknecht zu sprechen.“ Schallendes Gelächter ringsum war die Wirkung. Von einer ernstlichen und wichtigen Sache war die Debatte plötzlich auf die Kleinlichkeiten und Schabigkeiten eines verwüsten Parteistritts abgelenkt. So macht man es im Kleinen wie im Großen, wenn es einem nur noch darauf ankommt, seinen persönlichen Haß abzulassen, nicht aber auf die Sache selbst.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im verflorenen Sessionsabschnitt für die Sache des Friedens und der Freiheit gekämpft. Neben ihren Erfolg in der Friedensarbeit tritt ihr starker Vorstoß zugunsten der Demokratie. Er hat uns nicht gleich zum Ziel geführt, aber auch er war nicht ganz ohne Erfolg. Als der Reichstag zusammentrat, sah die Lage verzweifelt genug aus, da im Verfassungsausschuss eine Einigung über die Wahlrechtsfrage nicht zu erzielen war. Da brachte dann die Volkskraft vom 11. Juli wenigstens ein Stück der Lösung, nämlich die von der Regierung übernommene Verpflichtung, dem preussischen Landtage eine Vorlage zur Einführung des gleichen Wahlrechts vorzulegen. Wie die Annexionisten so sind auch die Anhänger des Pluralwahlrechts für Preußen sachlich erledigt worden. Der Kampf um das gleiche Wahlrecht ist noch nicht zu Ende, aber durch die Eroberung einer wichtigen Stellung so gut wie entschieden.

Daß der Vorstoß der Fraktion zugunsten des parlamentarischen Systems im Reiche nicht sofort zum erwünschten Erfolg führen werde, war voraussehbar. Die jetzt in Bildung begriffene Regierung kann man vielleicht am besten als eine Übergangsregierung bezeichnen. Ihr Leiter hat sich bei seinem vorgestrigen ersten Auftreten als ein korrekter Beamter gezeigt, der den gegebenen schwierigen Umständen nach Kräften gerecht zu werden bemüht ist. Aber aus der Haut, die ihm in fast vierzig-jährigem preussischen Verwaltungsdienst angewachsen ist, kann er nicht heraus. Jetzt meldet der „Berliner Lokal-Anzeiger“ überraschend, bei der Vervollständigung der Regierung im Reich wie in Preußen sollten in weitgehendem Maße Parlamentarier herangezogen werden.

Wir wissen nicht, ob diese Nachricht richtig ist. Einer teilweisen Parlamentarisierung würden im Reiche jedenfalls erhebliche Bedenken gegenüberstehen, da die Staatssekretäre bis jetzt untergeordnet des Reichskanzlers sind, Parlamentarier aber unumöglich einen Beamten, den Reichskanzler, als ihren Vorgesetzten anerkennen können. Anders liegen die Dinge in Preußen, die Regierung bildet dort ein Kollegium, der Ministerpräsident ist nur Erster unter Gleichen. Die berühmten „bundesstaatlichen Bedenken“ scheiden hier vollständig aus. So wäre es ganz gut denkbar, daß in Preußen, ähnlich wie in Ungarn, ein Ministerium zuverlässiger Wahlrechtsanhänger gebildet würde, das dann den Kampf um die Wahlreform durchzuführen hätte. Daß dieser Kampf mit dem jetzigen Ministerium geführt werden kann, glaubt kein Mensch, und wenn dieses Ministerium bleibt oder durch ein ähnliches ersetzt wird, dann wird auch das Mißtrauen bleiben, das die Masse der Bevölkerung den Absichten der preussischen Regierung nun einmal entgegensetzt!

Wie das nun immer kommt mag, auf keinen Fall kann man sagen, daß der letzte Sessionsabschnitt des Reichstags unfruchtbar gewesen ist. Sieht man selbst von dem Ergründeten ab, so muß man sagen, daß sein trübsamer Verlauf aufrüttelnd gewirkt hat, daß er eine Entwicklung ins Rollen gebracht hat, die noch nicht abgeschlossen ist. Deutschland demokratisiert sich! Wir kennen noch nicht die Hindernisse und die Zwischenfälle, die auf dem Wege liegen, aber wir sehen das Ziel deutlich und wissen, daß wir es erreichen werden — vielleicht rascher, als wir heute noch zu glauben geneigt sind.

Auch der verflorenen Sessionsabschnitt des Reichstags hat Vorgänge gebracht, die bei seinem Beginn kaum jemand geahnt hat. Eine große Notwendigkeit vollzieht sich hier, und wir Sozialdemokraten stehen in ihrem Dienst.

Eine Besprechung im Reichsamt des Innern. Kaiser und Parlamentarier.

Nach Schluß der freitägigen Reichstags-Sitzung wurden die Fraktionsvorstände zum Vizekanzler Dr. Helfferich eingeladen. Von den Sozialdemokraten erschienen Ebert, Scheidemann, David und Mollenhuth; außerdem war Dr. Südekum als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses geladen. Um sechs Uhr nachmittags traf der Kaiser ein. Es entwickelte sich eine zwanglose Unterhaltung, die drei Stunden dauerte und in der mannigfache Fragen berührt wurden.

Neue Veränderung der Ernährung. Mehr Brot, weniger Fleisch.

Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt: Mitte August 1917 wird die allgemeine Rationierung an Mehl für die Versorgungsberechtigten von 170 Gramm auf 220 Gramm täglich erhöht (vor dem 15. April 1917 betrug die allgemeine Rationierung 200 Gramm, während weitere 20 Gramm in Strohmitteln, soweit solche zur Verfügung standen, gegeben wurden). Den Wochentag des Eintritts der Aenderung bestimmen die Kommunen entsprechend ihrer Versorgungswirtschaft.

Von demselben Zeitpunkt ab kommt die seit Mitte April 1917 gewährte verbilligte Fleischzulage von wöchentlich 250 Gramm wieder in Fortfall.

Für die Bemessung der Schwerk- und Schwerstarbeiterzulagen und des Rationierungssatzes für fehlende Kartoffeln bleiben die zurzeit bestehenden Bestimmungen unverändert. Anfang Oktober 1917 ist auf Grund der bis dahin vorzunehmenden Entschädigung und Richtigstellung die zu verteilende Ration an Mehl, Fleisch und Kartoffeln erneut festzusetzen. Die den Getreidefabrikanten zuzuschreibende Menge an Brotgetreide ist durch Beschluß des Bundesrats vom 1. August ab auf den bis zum 15. April in Geltung gewesenen Satz von 9 Kilogramm monatlich wieder erhöht worden.

Die Stockholmer Tagung.

Eine Vorkonferenz der Entente-Sozialisten.

Paris, 19. Juli. (Havasmeldung.) Der Geschäftsführende Ausschuss der französischen Sozialisten-Partei hat die in London weilenden Vertreter des Petersburger Arbeiter- und Soldaten-Rates, Abgeordnete der sozialistischen Verbände von Großbritannien und den skandinavischen Staaten eingeladen, sobald wie möglich nach Paris zu kommen zum Zwecke einer internationalen sozialistischen Konferenz.

Den englischen und französischen Sozialisten ist durch Pazifizierung und Mauthorbtzwang die Möglichkeit genommen, in Stockholm zu verhandeln. So könnte die Beratung, die jetzt in Paris geplant wird, den Zweck haben, eine Art Ersatz für die verestete Teilnahme an den Verhandlungen, die in der nordischen Hauptstadt stattfanden, zu schaffen. Die persönliche Verührung mit Vertretern der kriegsgegnerischen Länder würde vermieden, aber eine Auseinandersetzung über deren Standpunkt wäre gleichwohl in die Wege geleitet. Die Teilnahme des holländisch-skandinavischen Ausschusses würde die Garantie geben, daß sie stattfindet. Bei lokaler Auffassung der französischen Einladung wird man dem sonst leicht aufsteigenden Verdacht nicht Raum geben, es könne sich bei der Pariser Beratung um den Versuch handeln, gegen die auf den 15. August nach Stockholm berufene internationale Konferenz eine Mine vorzutreiben.

London, 20. Juli. Das Sekretariat des Irischen Gewerkschaftskongresses und der Arbeiterpartei teilen mit, sie seien durch Walfour davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Pässe für O'Brien und Campbell, welche zu Abgeordneten für Stockholm und Petersburg bestimmt sind, nicht zugesichert werden könnten.

Afrikanische und asiatische Abordnungen in Stockholm.

Stockholm, 20. Juli. (Meldung des Schwedischen Telegramm-Bureaus.) Der niederländisch-skandinavische Ausschuss empfing, um sich zu unterrichten, die vier folgenden, nicht an die Internationale angeschlossenen Abordnungen, nämlich die internationale ägyptische Partei, die persische demokratische Partei, die revolutionären Gruppen Indiens und die türkische Arbeiterorganisation. Letztere ersuchte um den Anschluß an das Internationale Sozialistische Bureau. Die ägyptische Partei forderte von der Internationale die Anerkennung des Rechts der Ägypter, die 13 Millionen umfassen, auf vollkommene politische Unabhängigkeit. Die persische Abordnung ersuchte alle sozialistischen Abordnungen, die Ungültigmachung des englisch-russischen Vertrages von 1907 zu empfehlen. Die hindu-Abordnung forderte für ihr Land das Recht, auf der Friedenskonferenz vertreten zu sein. Die Türken erklärten, die Türkei habe am Kriege nur zur Verteidigung ihres bedrohten nationalen Daseins teilgenommen. Sie nahmen ohne Zögern die Forderung des Arbeiter- und Soldatenrates an, die gegen Annexionen und Entschädigungen ist, sich aber ebenso auf Asien wie auf Europa erstreckt, um die Keime zu neuen Konflikten zu verhindern.

Finlands Autonomiegesetz.

Stockholm, 20. Juli. (Melbung der Svenska Tele-grambyran.) Der finnische Landtag hat mit 136 gegen 55 Stimmen den Gesetzentwurf über die Autonomie Fin-lands angenommen. Der Vorschlag der Vorläufigen Regierung unterbreitet werden sollte, wurde mit 104 gegen 86 Stimmen abgelehnt.

Der Ausgang der Petersburger Unruhen.

Petersburg, 19. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Behörden des Militärbezirks Petersburg stellen unwiderleglich fest, daß die Unruhen als beendet angesehen werden können. Alle militärischen Einheiten haben an sie Erklärungen gesandt, in denen sie versichern, daß sie bereit sind, die Regierung bei ihren Bemühungen zur Wiederherstellung der Ordnung in der Hauptstadt zu unterstützen.

Die Regierung hat im Einverständnis mit dem Vollzugs- auschuss des Arbeiter- und Soldatenrates die Räumung des Landhauses der Tänzerin Ksejzinska sowie eines Teils der Peter-Pauls-Festung, die von Bewaff- neten besetzt gehalten wurden, angeordnet. Truppen be- gaben sich dorthin, fanden aber das Landhaus schon geräumt. Sie entdeckten dort eine bedeutende Menge von Waffen und Spreng- stoffen. Die in der Festung Regenden Aufwühler widerlegten sich, aber nach Austausch einiger unschädlicher Schüsse ergaben sie sich. Bald darauf stellten sich Abgeordnete der Aufwühler, die den Bassili-Ostrow-Bezirk jenseits der Newa besetzt hielten, in der Festung ein und erklärten ihre Unterwerfung unter die Regierung.

Die Vorläufige Regierung hat im Hinblick auf eine Reihe von Fragen, die durch die Wiederherstellung der Ruhe in der Haupt- stadt entstanden sind und sofortige Lösung verlangen, gemeinsam mit dem Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats be- schlossen, einen Sonderausschuss einzurichten, der in stän- dige Verbindung mit dem Oberkommando der Truppen des Petersburger Militärbezirks sein wird. Diesem Ausschuss werden der Arbeitsminister Sobolew und der Leiter des Maximinministeriums Lebedew als Vertreter der Vor- läufigen Regierung und Goh als Vertreter des Vollzugsausschusses angehören.

Neuer meldet vom Donnerstag aus Petersburg: Gestern wurden den ganzen Tag große Scharen von verhafteten Matrosen, Soldaten und Arbeitern nach dem Haupt- quartier des Generalstabes im Distrikt Petersburg gebracht. Zahl- reiche Maschinengewehre, Gewehre und Patronen wurden abge- liefert. Es wurden Truppen von der Front nach Petersburg ge- bracht, um die Regierung und den Soldaten- und Arbeiterrat zu beschützen.

„Nieder mit den kapitalistischen Ministern!“

Einem zusammenfassenden Bericht, den die Petersburger Tele- graphen-Agentur über den Hergang der Unruhen am 16. und 17. Juli erstattet, entnehmen wir noch folgende Einzelheiten:

Ein vom Ministerpräsidenten Fürsten Nowin an die Regie- rungsammissare in der Provinz gerichtetes Rundtelegramm sagt: Am Morgen des 17. kamen in Petersburg mehrere militärische Einheiten aus Kronstadt, Oranienbaum und Peterhof an, denen sich zu Mittag drei Regimenter und ein Grenadierbataillon der Petersburger Garnison anschlossen. Begleitet von einer unge- heuren bewaffneten Menschenmenge begaben sich diese Einheiten zu einer bewaffneten Kundgebung zum Taurischen Palast, wo der Rat der Arbeiter- und Soldatenvertreter und der Bauern seine Sitzungen abhält. Sie trugen Fahnen mit der Aufschrift: „Nieder mit den 10 kapitalistischen Ministern! Wir ver- langen, daß die ganze Macht an den Arbeiter- und Soldatenrat übergeht.“ Die Stimmung der Teilnehmer der Kundgebung war der Wehrheit der genannten Räte feindselig.

Gleichzeitig kamen zahlreiche bewaffnete Arbeiter auf die Straßen, die die gleiche Losung ausgaben. Beschlag- nahme Kraftwagen und Lastautomobile mit Maschinengewehren oder bewaffneten Leuten durchführte die ganze Stadt. Tagsüber gab es in verschiedenen Stadtteilen Revolver-, Gewehr- und Ma- schinengewehrfeuer. Tote und Verwundete wurden aufgefunden. Um 6 Uhr abends versuchten Truppen und bewaffnete Arbeiter den Minister Tseretelli zu verhaften. Sie bemächtigten sich des Scheucheministers Tschernow, der erst nach einer Rede des Maximalisten Trozky wieder in Freiheit gesetzt wurde. Gleichzeitig wurde der Taurische Palast, wo sich diese Ereignisse abspielten, von einer bewaffneten, dichtgedrängten, äußerst auf- gereagten Menge umgeben, die in das Innere des Palastes einzu- dringen versuchte.

Der Bericht der B. L. A. sagt weiter: Der Petersburger Mi- litärgouverneur General Poloskow hat einen Aufruf ange- schlagen, in dem er erklärt, er habe den Befehl der Regierung auszuführen, die Hauptstadt von den Leuten zu säubern, die mit den Waffen in der Hand einen Anschlag gegen die persönliche und materielle Sicherheit der Bürger begangen hätten. Er beföhle den Truppen, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und fordere die Bevölkerung auf, ihre Wohnungen nicht ohne dringende Not- mendigkeit zu verlassen, um unangenehme Zwischenfälle zu ver- meiden.

Gleichzeitig hat die Regierung die Regierungskom- missare über die Maßregeln unterrichtet, die sie zur Wieder- schlagung des Aufstandes in Petersburg ergreifen hat und fordert sie auf, diese der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um ähnlichen Unruhenmöglichkeiten in der Provinz vorzubeugen, Unruhen, deren Folge wirtschaftliche Zerrüttung und unangenehme Rückwir- kung auf die Getreideeinbringung sein würden, und die die Wirksamkeit der heldenmütigen Leistungen der Truppen beeinträchtigen könnten, den erbitterten Widerstand des Feindes zu brechen.

Die Kabinettskrise.

Petersburg, 19. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Zu fünfzig Minister Petrowerfsew hat um seine Entlassung gebeten.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur bestätigt, daß die teilweise Ministerkrise infolge von Meinungsverschieden- heiten zwischen den sozialistischen Ministern und den Ministern der Kadettenpartei über die Frage der Selbstver- waltung der Ukraine ausgebrochen ist.

Der Sturm, der vier Kadetten des Ministeriums zur Aufgabe ihrer Posten veranlaßt hat, scheint auch jenem Duma-Ausschuss gegen den sich jüngst der Antritt des allrussischen A. u. S.-Kon- gresses richtete, ein Ende gemacht zu haben, der Körperschaft also, die als eine Domäne des Kadettenums zu betrachten ist. „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg: Nach einer langen Nach- sichtigung hat der Vollzugsausschuss der Duma beschloffen, sich aufzulösen um jede Verantwortlichkeit für die dergewaltigen schweren Verwicklungen von der Hand weisen zu können.

Sie konzentrieren sich also mutig rückwärts.

Die Artillerieschlacht in Flandern — Feindliche Angriffe bei Gavrelle, Monchy, St. Quentin — Deutscher Gewinn am Winterberg — Deutscher Gegenangriff zwischen Sereth und Zlota Lipa — Russische Angriffe an der Lomnica.

Amlich, Großes Hauptquartier, den 20. Juli 1917. (B. L. Z.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern erreichte nach regnerischem Vormittag, der vor- übergehend ein Nachlassen der Kampfaktivität zur Folge hatte, die Artillerieschlacht von mittag an wieder äußerste Heftigkeit. Feindliche Vorstöße bei Lombardizyde und östlich von Reffines scheiterten.

An der Artois-Front lebhafteste Feueraktivität zwischen La Bassée-Kanal und Lens, besonders südlich von Loos.

Bei Gavrelle nachts vorstößende englische Bataillone wurden zurückgeworfen.

Auch bei Monchy griffen nach heftiger Feuerwelle die Eng- länder erneut an, ohne weitere Erfolge zu erzielen.

Südwestlich von St. Quentin erlitten die Franzosen bei dreimaligem vergeblichen Angriff gegen die von uns gewonnenen Gräben blutige Verluste.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordwestlich von Craonne nahmen mürkliche und Garde- truppen nach kurzer, harter Feuerwirkung Teile der französischen Stellung auf dem Winterberg. Der Feind leistete erbitterten Widerstand und hatte schwere Verluste. Ueber 375 Mann sind gefangen, zahlreiche Grabenwaffen als Beute eingebracht worden. Erst abend setzten Gegenangriffe der Franzosen ein; sie führten zu schweren nächtlichen Kämpfen, bei denen einige der von uns gewonnenen Gräben wieder aufgegeben wurden.

Bei den anderen Armeen,

auch der

Heeresgruppe Herzog Albrecht

aufser einigen für uns günstig verlaufenen Vorfeldgefechten keine besonderen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Am 1. 7. hatte die russische Regierung in Ostgalizien einen Teil des russischen Heeres zur Offensive geführt, die nach spär- lichen Anfangserfolgen infolge ungeheurer Verluste bald ins Stocken kam. Der russische Soldat, dessen Wunsch nach Frieden an fast allen Stellen unserer Front in Annäherungsversuchen Ausdruck fand, war wieder umsonst für die Entente gesperrt worden.

In Erwiderung des Angriffs der Russen haben unsere Truppen gestern einen Gegenangriff begonnen.

Unter persönlicher Leitung des prinziplichen Oberbefehlshabers brachen deutsche Armeekorps nach wirkungsvoller Feuerberei- tung durch deutsche und österreichisch-ungarische Artillerie gegen die russischen Stellungen zwischen Sereth und Zlota Lipa vor und stießen über drei starke Verteidigungszonen durch. Der Feind

Berlin — Sofia.

Der Reichskanzler hat an den bulgarischen Mi- nisterpräsidenten ein Begrüßungstelegramm gerichtet, in dem er seinem unerschütterlichen Vertrauen auf den endgültigen Sieg Ausdruck gibt und es als seine vornehmste Pflicht bezeichnet, „in unerbürdlicher Treue an den geschlossenen Verträgen und Vereinbarungen festzuhalten“.

Der bulgarische Ministerpräsident hat darauf mit einem Tele- gramme geantwortet, in dem es heißt: „Das gemeinsam vergossene Blut unserer Vöster durch unerbürdliche Ver- tragstreue gefestigten Bund gestiftet und bietet die Gewähr, daß noch glücklicher geschlossener Frieden, Bulgarien an der Seite des großen Deutschland einer heiteren Zukunft sicher ist.“

Dieser Depeschenwechsel ist um so bemerkenswerter, als neuer- dings verstärkte Bemühungen der Entente zu merken sind, Bul- garien von dem Bunde der Mittelmächte abzu- lösen. Die begeisterten starken Sympathien der bulgarischen Be- völkerung für die russische Revolution werden dabei als Vorspann benutzt. Der vorstehende Depeschenwechsel zeigt, daß jene Be- mühungen von ihrem Ziele noch weit entfernt sind.

Die Autokratie des französischen Militarismus.

„Progrès de Lyon“ meldet aus Paris: In der Donnerstags- Sitzung des Heeresauschusses der Kammer erklärten Paté und Dalbiez, es sei ihnen unmöglich, ihren Antrag als Mit- glieder des Uebervachungsausschusses der Truppenbestände infolge des Widerstandes der Militärbehörden durchzuführen. Sie legten deshalb ihr Amt nieder. Die gleiche Erklärung gaben die Senatoren Jeanneney und Gerbais im Senat ab. Solange der Heeresauschuss nicht die schon lange zur Bekämpfung der Drähderegerei und zur Verhärkung der Uebervachung not- wendigen Mittel besitze, sei es unmöglich, seine Aufgabe zu erfüllen. Die Ergebnisse der Arbeit ständen in keinem Verhältnis zu den Er- fordernissen der öffentlichen Wohlfahrt.

Es ist anzunehmen, daß diese Amtsniederlegungen der Auftakt zu neuen Angriffen des französischen Parlamentes gegen die Heeres- leitung sein werden.

Norwegen bewilligt Verteidigungskredite.

Kristiania, 19. Juli. (Norwegisches Telegramm-Bureau.) Das Storting hat gestern in geheimer Sitzung einen außerordentlichen Kredit von 18 Millionen Kronen für das Heer und 5 1/2 Millionen für die Marine genehmigt, in öffentlicher Sitzung einen weiteren von etwa 2 1/2 Millionen Kronen für Verteidigungszwecke. Heute sind ferner 18 Millionen Kronen zur Verteidigung der Neutralität bewilligt worden.

Vereinigte Staaten und Entente.

Aus Washington wird der „Associated Press“ gemeldet: Die Regierung beschloß die Einladung zu einer Botschaft mit den Verbündeten in diesem Monat in Paris abzulehnen, weil die Be- teiligung nicht notwendig sei, da sie die Teilnahme der Vereinigten Staaten an dem Kriege nicht un- mittelbar berührt. Man erklärt im Staatsdepartement amtlich, daß diese Entschickung jedoch für die weitere Politik der Vereinigten Staaten nicht maßgebend sei.

Die Politik Wilsons stellt sich als ein getreuer Adhäsion jener englischen Bündnispolitik dar, deren Prinzip es war, sich dem endgültigen Abschluß eines festen Bündnisses mit den Mächten, die um Englands

hatte schwere, blutige Verluste und wich in Auflösung. Bis zum Nachmittag waren einige tausend Gefangene gemeldet.

Bei Jacobstadt, Danaburg und Smorgon sowie längs des Stochod und von der Zlota Lipa bis südlich des Dnjeistr nahm die Feueraktivität teilweise erheblich zu. Eigene Vorstöße und gewaltsame Erkundungen führten mehrfach zu schönen Teil- erfolgen.

Bei Nowica an der Lomnica sind neue starke russische An- griffe verlustreich abgeschlagen worden.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph. In den Nordkarpathen härteres Feuer als in letzter Zeit. Auch in den Bergen östlich des Beckens von Reghivasarhely hat sich die Gefechtsaktivität gesteigert.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

Mazedonischen Front

nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Abendbericht.

Amlich, Berlin, 20. Juli 1917, abends. Im Westen nur in Flandern harter Artillerie- kampf.

Im Osten sind unsere Truppen zwischen Sereth und Strypa im scharfen Nachdrängen hinter dem weichenden Feind.

Der österreichische Bericht.

Wien, 20. Juli 1917. (B. L. Z.) Amlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Herausgefordert durch die von den Westmächten und Amerika gegen den Willen des russischen Volkes erzwungene feindliche Offensive schritten gestern früh die Verbündeten in Ostgalizien zum Gegenangriff. Um 5 Uhr 30 Minuten traten zwischen dem Raum von Zborow und dem Sereth die deutschen und österreichisch-ungarischen Batterien zu gewaltiger Wirkung in Tätigkeit. In den Vormittagsstunden folgte der Sturmangriff der von t. u. l. Abteilungen begleiteten deutschen Infanterie. Die siegreichen Angreifer stießen durch drei stark ausgebaute Linien; die Russen wichen in voller Auflösung, zahlreiche tote und Schwerverwundete auf dem Schlachtfeld zurücklassend. An Gefangenen waren bis gestern abend einige Tausend gemeldet. In den anderen Abschnitten der galizischen Front kam es zu einer Reihe kleiner, für die verbündeten Waffen erfolgreicher Kampfhandlungen. Bei Nowica südlich von Kasusz erfolgten russische Angriffe im Artilleriefeld der Verteidiger. In den Karpathen erhob sich das feindliche Geschützfeuer stellenweise über das gewöhnliche Maß.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Isonzo beiderseits erhöhte Artillerieaktivität.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Chef des Generalstabes.

Freundschaft warben, zu entziehen, woraus dann bekanntlich folgte, daß diese Mächte sich dem Willen Englands als Spielball aus- lieferten. Heute versuchen die Vereinigten Staaten dasselbe gegen- über England und Frankreich zu erreichen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 19. Juli. Neue U-Boots-Erfolge in der Biscaya und im Atlantischen Ozean:

21 000 Brutto-Register-Tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein unbekannter be- waffneter beladener Dampfer von mindestens 4500 Brutto- Register- Tonnen, von Fischdampfern gesichert, ein beladener Dampfer, der aus einem Geleitzug herausgeschossen wurde. Die Ladungen der übrigen versenkten Schiffe bestanden, soweit sie festgestellt werden konnten, aus Stahlgütern, Kohlen und Tonerde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Gegenstoß in Ostgalizien.

Berlin, 20. Juli. (B. L. Z.) Den herausfordernden russischen Angriff zwischen Dnjeistr und Karpathen haben unsere Truppen am 19. Juli durch einen Gegenstoß südlich des oberen Sereth beantwortet. Das Unternehmen ist vollkommen geglückt. Nach einer auch durch österreichisch-ungarische Artillerie vorzüglich unterstützten sechsständigen Feuerbereitung, die mit dem graudünen Tage einsetzte und in den russischen Stellungen schwere Bewüstungen anrichtete, haben unsere Sturmtruppen 10 Uhr vormittags das russische dreifache Stellungssystem zwischen dem oberen Sereth und der Strypa überannt und durchbrochen. Schon 9 Uhr 30 Min. war die über 400 Meter hohe Zlota-Gora nördlich Zborow in unsere Hände gefallen. Der Angriff wurde durch Hares sonni- ges Wetter begünstigt. Die aufgelösten russischen Verbände wichen panikartig zurück. Ihre Verluste sind durch die Feuerwirkung in den zertrümmerten Stellungen und durch das Feuer unserer Ver-folger im rückwärtigen Gelände außerordentlich blutig. Wenige Stunden nach dem Angriff konnten bereits 3000 Gefangene und 10 erbeutete Geschütze gezählt werden. Russische Gegenangriffe beiderseits der Rakastrypa und bei Jalozse, die den Ein- druch in die russische Front zum Stehen bringen sollten, wurden unter schweren russischen Verlusten abgewiesen. Unser linker Flügel drängte am sumpfigen, von Seen durchsetzten Obelauß des Sereth entlang, während unser rechter Flügel sich beiderseits der Bahn- linie Zborow-Tarnopol vorkob. Die Linie Jalozse-Ulejow ist überschritten und die russische Front bis zu einer Tiefe von 15 Kilometern durchstoßen.

Weniger unserer starken Stoßtruppen hatten bei Wyszki und Kojuch, in der Gegend Brzegany und südwestlich Brody beträchtliche Erfolge zu verzeichnen. Sie brachen in die feindlichen Stellungen ein und brachten an allen Stellen eine größere Anzahl von Gefangenen zurück. Bei Smorgon war am Nachmittag des 19. und seit dem früheren Morgen des 20. der Feuerkampf lebhaft. In den Karpathen hat die Gefechtsaktivität merklich aufgelebt.

Der Kampf in Ostafrika.

London, 20. Juli. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Das Kriegsamt veröffentlicht einen langen Bericht aus Ostafrika, der weitere Fortschritte und Erfolge der verschiedenen, zur Umzingelung der deutschen Streitkräfte südlich von Kilwa angeführten Kolonnen berichtet. Südlich von Iringa vertrieb eine britische Kolonne den Feind aus kräftig verteidigten Stellungen am Ruwafusse.

Weiter südlich bewegt sich eine andere britische Kolonne auf Ma-
benga. Im äußersten Süden wurden die gesamten deutschen
Streitkräfte nördlich von Songea vertrieben und werden in der
Richtung auf Mahenge verfolgt.

Im portugiesischen Nyassaland vertrieben unsere
Truppen eine feindliche Abteilung von Nwembo und besetzten diesen
Ort am 11. Juli. Sie verfolgten den Feind 80 Meilen in nord-
östlicher Richtung. Eine portugiesische Streitmacht von Manje be-
teiligt sich an den Operationen. Im nördlichen Gebiet bewegen sich
belgische Truppen in der Richtung auf Nioma gegen eine kleine
feindliche Abteilung jenseits des Katronsees.

Aufhebung verhängter Vergeltungs- maßnahmen.

Berlin, 10. Juli. Amtlich. Wegen der von der französischen
Regierung verfügten Verbringung des stellvertretenden Gouverneurs
von Togo, Major a. D. v. Doering, in ein Zivilgefangenen-
lager wurde vor kurzem deutscherseits eine Vergeltungsmaßnahme
ergriffen. — Diese Maßnahme erfolgte — wie erst jetzt bekannt
wurde — zu einer Zeit, als die französische Regierung
schon ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, die beiderseitige
Behandlung inaktiver, nicht mit der Waffe in der Hand gefangenener
Offiziere grundsätzlich und in befriedigender Weise zu regeln. —
Ein entsprechendes Uebereinkommen wird in kurzem
zwischen der deutschen und französischen Regie-
rung getroffen werden und einer größeren Anzahl deutscher in-
aktiver Offiziere zugute kommen. Angesichts dieser Sachlage soll
die verhängte Vergeltungsmaßnahme aufgehoben werden, wird je-
doch wieder in Kraft treten, wenn ein inzwischen verbotener Besuch
der schweizerischen Gesandtschaft in Paris nicht ergehen sollte, daß
Major v. Doering nunmehr in einer Weise untergebracht und be-
handelt ist, die seiner hohen Stellung als stellvertretender Gouverneur
einer deutschen Kolonie entspricht.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Unruhen in Lissabon. Die dem „Corriere della Sera“ ge-
meldet wird, habe es bei den Lissabonner Unruhen 30 Tote gegeben.
1500 Verhaftungen sind erfolgt.

Verhaftungen in Griechenland. „Habas“ meldet aus Athen:
Die aufständischen Abgeordneten von Janina und Serres, Roman-
takis und Ardros, wurden in Thessalonien sowie in Arter, der Sohn
und der Neffe von Nikipolis, des Gegners von Venizelos, auf
Areta verhaftet.

Die Engländer räumen Thafos. Ein Telegramm des „Matin“
aus Athen berichtet, daß im Ministerrat mitgeteilt wurde, daß die
englischen Truppen die Insel Thafos südlich von Kavalla räumen
werden.

Die Steuern auf Fabrikvorräte. Das holländische Neuwes-
bureau meldet aus London: Bonar Law verweigerte im
Unterhause die Aufhebung der Steuern auf Fabrikvorräte, da
das einen Verlust von 100 Millionen Pfund für das Schatzamt be-
deuten würde.

Japanische Kanonenboote sind nach einer Meldung Reuters aus
Colonie im Mittelindischen Meer angekommen.

Truppenverchiebungen in Mazedonien. Nach zuverlässigen
Nachrichten finden in den letzten Wochen in Mazedonien ausgedehnte
Truppenverchiebungen statt. Französische Truppenverbände
werden aus Mazedonien über Italien nach Frankreich abtransportiert.
Die zurückkehrenden französischen Truppen werden vorläufig
in den Departements Savoyen und De l'ain untergebracht,
da man infolge ihrer schlechten körperlichen und moralischen Ver-
fassung eine unangenehme Beeinflussung der Stimmung in Frank-
reich befürchtet. Die durch den Abtransport an der mazedonischen
Front entstehenden Lücken sollen durch farbige Infanterie, durch
Griechen und Italiener ausgefüllt werden.

Von der Sinatront meldet der türkische Heeresbericht: Am
16. Juli auf der ganzen Front ziemlich lebhaftes Artilleriefeuer.
Eine von Harler englischer Kavallerie vormittags in Richtung
Biz-es-Saba unternommene Erkundung geriet wieder in unser
Artilleriefeuer. Nachmittags ging der Feind zurück. In der Nacht
zum 17. Juli gegenfeitiges leichtes Artillerie- und Maschin-
gewehrfeuer. Am 17. Juli wurde das Artilleriefeuer heftig; zu
feindlichen Angriffen kam es nicht.

Die Murmanbahn. Nach „Nowoje Wremja“ ist eine
Senatorenrevision des Baues der Murmanbahn unter Vorsitz des
Senators Dawidow eingeleitet worden. Es stellt sich heraus, daß
diese Bahn, für deren schnellen Bau der ehemalige Eisenbahn-
minister S. Trepow sowie russische und ausländische Auszeich-
nungen erhielt, derart unsolid gebaut ist, daß sie nicht
arbeiten kann, daß sie überhaupt nur als Dekorationstüch
geschaffen wurde. Die Revision des Senators Dawidow hat sowohl
die Hauptschuldigen festzustellen, als auch die Zwecke, die bei
diesem eigenartigen Bauwerk verfolgt wurden.

Aufhebung eines holländischen Ausfuhrverbots. Wie gemeldet
wird, ist das Verbot des Ausfuhrs von Schiffen, die durch die
sogenannte freie Fahrerinne fahren müssen, aufgehoben für
Kahnboote, die für Dänemark, Schweden und Norwegen be-
stimmt sind.

Erste Kritik.

Ueber das erste Auftreten des neuen Reichs-
kanzlers im Reichstag lauten die Urteile der Presse im
allgemeinen zurückhaltend. Man findet in diesen Kritiken
zahlreiche ehrenvolle Radrufe auf die Rednergabe Beth-
mann Hollwegs. Doch mit Recht wird auch hervor-
gehoben, daß man ein tüchtiger Staatsmann sein kann, wenn
man bei seinem ersten Auftreten auch nicht den Eindruck eines
hervorragenden Redners gemacht hat. Am meisten Anlaß zu
sachlichen Kommentaren bieten die Erklärungen des Herrn
Dr. Michaelis zum Friedensprogramm des
Reichstags, und da ergibt sich, daß die recht bescheiden
gewordene Annerkennungspresse manches ihr Angenehme dar-
aus herauszuhören bemüht ist. Auf der anderen Seite er-
klären die Blätter der Linken, daß der Reichskanzler das Pro-
gramm des Reichstags akzeptiert habe. Es ergibt sich also
wieder der alte liebliche Streit wie zu Zeiten Bethmann
Hollwegs, nur mit dem Unterschiede, daß die Erklärungen des
neuen Reichskanzlers sachlich viel weniger zu bedeuten haben
als die des alten. Denn Herr von Bethmann hatte noch dank
der unentschiedenen Haltung des Reichstags eine weiße Voll-
macht, Herr Michaelis aber hat eine gebundene Marschroute,
und wie er über sie auch denken mag, er muß nach ihr mar-
schieren.

Ein zweiter Punkt, der Anlaß zu Besprechungen gibt, ist
die Frage der Führung, von der Herr Michaelis be-
sonnlich gesagt hat, daß er sie nicht aus der Hand nehmen
lassen werde. Die konservative Presse schöpft aus diesem Wort
Hoffnung und sieht in Herrn Michaelis so etwas wie einen
kommenden starken Mann. Aber auch der stärkste Mann kann
keine Politik treiben, die im Deutschen Reichstage nicht mehr
als 86 Stimmen (die Minderheit ohne die Unabhängigen)
aufbringen kann. Früher einmal wurde der dumme aber

starke Mann als konservatives Ideal bezeichnet. Herr
Michaelis mühte von der ersten dieser beiden Eigenschaften mehr
besitzen als von der zweiten, wenn er den Versuch machen
wollte, die Hoffnungen, die die konservative Presse auf ihn
setzt, zu erfüllen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt über das
Thema der inneren Erneuerung:

Von dieser inneren Erneuerung hat Herr Michaelis gestern
auch einiges gesagt, aber nur eine sehr anspruchslose
Seele kann davon befreit sein. O, Herr Michaelis
sieht auf dem Standpunkt der letzten Wohlfühlensklärung —
und wie sollte er nicht? Er will auch „engere Fühlung“ zwischen
der Regierung und den großen Parteien. Er will auch Männer
in leitenden Stellen berufen, denen „das Vertrauen der großen
Parteien und der Volkvertretung“ gehört. Er wird also ein paar
außerordentliche Parlamentarier zu Ministern machen, was vielleicht
die Betroffenen und ihre Familien erfreuen dürfte, aber dem
Volke gemäß so gleichgültig wäre wie sonst
irgendeine fremde Familienangelegenheit. Als
wenn es auf solche persönlichen Ehrungen ankomme und nicht
allein darauf, alle wichtigen Entscheidungen, Krieg und Frieden,
von der rechtzeitigen Zustimmung der Volkvertretung ab-
hängig zu machen, die Reichskanzler und Minister nicht mehr aus
geheimnisvoller Wolke aufstehen, nicht mehr ohne ein Wort
des Parlamentes verschwinden zu lassen und das Volk gegen Ueber-
raschungen sicherzustellen!

Die „Bosische Zeitung“ kommt in ihrem Urteil
zu folgenden Schlüssen:

Der neue Reichskanzler bringt jedenfalls Voraussetzungen
mit, die ihn dazu geeignet machen, mit dem Reichstag zu arbeiten.
Daher er aber die Notwendigkeit dauernder Zusammenarbeit
erkennt, muß ein starker, unbeirrbarer Volkswille
vorhanden sein. Diesen Volkswillen zu bilden, der Vorbe-
dingung zu jeder wirksamen Politik nach außen und nach innen
ist, muß der Reichstag bilden. Darin liegt die eigentliche
Aufgabe des Parlamentes. Eine Aufgabe, die, wie die Dinge bei
uns liegen, schnell erfüllt werden muß. Der Reichstag trägt für
jedes Versäumnis die schwerste Verantwortung.

Die „Kreuzzeitung“ findet die Entschiedenheit, mit
der sich der Reichskanzler zur Führung der Politik bekennt
hat, „lobenswert“, fügt aber hinzu:

Wir hoffen und wünschen, daß ihm dies gelingen wird. Frei-
lich ist er, wie sich schon im Verlaufe der Sitzung zeigte, von
vornherein insofern in eine etwas schwierige Lage ge-
raten, als seine an sich bedehnbare Erklärung zu der Kriegziel-
entscheidung des Inentrums, der fortschrittlichen Volkspartei und
der sozialdemokratischen Mehrheit von den Rednern dieser Par-
teien im Sinne einer Festlegung des Kanzlers auf die
Entscheidung ausgedeutet wurde, von der wir unmöglich
glauben können und wollen, daß sie der Meinung und dem
Willen des Herrn Dr. Michaelis vollkommen entspricht. Es ist
somit statt der Klärung ein Zustand der Unklarheit ent-
standen, da über den sachlichen Inhalt und über die Tragweite
der Entscheidung, wie uns scheint, ein voller Einlang zwischen
den zustimmenden Parteien und der Regierung nicht zustande
gekommen ist.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt mit man-
chem, was der Kanzler zur Friedensfrage gesagt habe, recht
gut einverstanden zu sein und begrüßt gleichfalls seinen
Führerwillen.

Dasselbe Thema spinnt die „Post“ weiter aus und meint
entscheidend:

Dr. Michaelis wollte wohl den Weg des Vermittlers gehen;
der Mehrheit Trost zu bieten, schien ihm am ersten
Tage seiner parlamentarischen Arbeit unratbar; so sollte
er denn dem Spruch des Volkes der Linken freiwilligen Tribut:
Deutschlands natürliche Ziele liegen sich im Rahmen der Wehr-
heitsentscheidung wohl erreichen. Gleichzeitig aber nahm der
Kanzler das Recht für sich in Anspruch, diese Entscheidung so
zu deuten, wie seine Auffassung der Dinge es für recht befand;
und in diesem Sinne folgten beruhigendere Sätze.

Auch der „Tag“ und die „Tägliche Rundschau“ weisen auf
die Zwangslage hin, in der sich der Kanzler befunden habe
und die ihn offenbar hinderte, seinen Führerwillen in der
Weise zu betätigen, daß er sich von ihnen statt von der Reichs-
tagsmehrheit führen ließ.

Die „Germania“, das Zentrumsblatt, sieht in
Michaelis einen Bethmann Hollweg II.

Herr Dr. Michaelis stellt sich unserem Empfinden nach genau
auf den Punkt, auf dem Herr v. Bethmann endigte, er lenkt
den Kurs auf eine mittlere Spur, die weiter links
orientiert ist, als es früher im Deutschen Reiche der Brauch
war, er geht aber dabei keinen Schritt, zunächst wenigstens, über
das hinaus, was sein Vorgänger bisher zuzugestehen bereit war.
Das gilt sowohl für die Außenpolitik wie für die Fragen der
innerpolitischen Neuordnung, die bei uns sich immer entschiedener
aufgeworfen haben.

Zahlreich und heftig sind natürlich die Stimmen der all-
deutschen Presse, die sich gegen den vorgefertigen Beschluß
des Reichstags wenden. Da an der Sache doch nichts
mehr zu ändern ist, mag als Beispiel für viele eine Stimme
genügen, die der „Täglichen Rundschau“, die schreibt:

Es war ein schwarzer Tag in der Geschichte des Deutschen
Reichstags, ein Tag, von dem wir schlimme Folgen be-
fürchten. Die Reichstagsentscheidung fördert nicht einen baldigen
ehrenvollen Frieden, sondern hindert ihn. Auf der Bahn der
Zugeständnisse, auf die wir uns begeben, sehen wir kein hem-
mendes Damm. Schwerer denn je wird es nach diesem Beschlusse
sein, die Hindernisse Siegestimmungen durchzubringen; aber
vertrauen wir auf unsere herrliche selbgraue Front und ihre
Führer zu Wasser und zu Lande! Das deutsche Volk hat sich so
herrlich bewährt, daß es auch über diese Hemmung hinwegzu-
kommen versuchen muß. Deutsche, zu verderben seid ihr nicht,
nicht einmal durch euren Reichstag!

Reventlow gegen Scheidemann.

In seiner „Deutschen Tageszeitung“ versucht sich Graf Reventlow
gegen den Vorwurf zu verteidigen, den Scheidemann am Donner-
stag im Reichstag gegen ihn erhoben hatte, er sei einer der
Hauptinstigier des Krieges mit Amerika. Er tut das auf folgende
Weise:

Es handelte sich, lapidar ausgedrückt, um die Frage, ob man
den uneingeschränkten U-Boot-Krieg auf das Risiko des ameri-
kanischen Eintritts in den Krieg hin führen wollte oder nicht.
Die „Deutsche Tageszeitung“ hat konsequent den Standpunkt ver-
treten, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg viel größere vor-
teilhaftere Wirkungen zeitigen werde als offener Eintritt der Ver-
einigten Staaten in den Krieg nachteilige Wirkungen. Wir haben
weiter den Standpunkt vertreten, daß der bestehende Zustand
amerikanischer Feindseligkeit und fortgesetzter feindlicher Hand-
lungen unter der Firma der Neutralität überaus schädlich sei
und daß die äußerliche Nulltarif des Verhältnisses sowohl die
deutsche Politik wie die U-Boot-Waffe lähme, auch, je länger
sie dauere, um so sicherer, den Gang und Ausgang des Krieges
verhängnisvoll beeinflussen müsse. Wir haben das Aufhören dieses
Zustandes lebhaft begrüßt und befinden uns nach wie vor auf
diesem Standpunkte. Die Oberste Heeresleitung und der neue
Reichskanzler stehen nach ihren Äußerungen auf dem gleichen
Boden.

Da Graf Reventlow mehr vorläufig als mutig Blätter der
Obersten Heeresleitung Dedung nimmt, ist aus nachstehenden
Gründen eine Diskussion mit ihm in der Presse unmöglich.

Das bayerische Zentrum gegen das parlamentarische System.

Die Vorstandschaft der Zentrumsfraktion des bayerischen Land-
tages hat eine Entschließung angenommen, in der es zum Schluß
heißt:

Festhalten an den altbewährten, bisher unerschütterlich hoch-
gehaltenen Grundfragen der Zentrumsfraktion, erwartet die Vorstand-
schaft der bayerischen Zentrumsfraktion, daß in den deutschen
Bundesstaaten insbesondere auch die garantierten Reservat-
rechte Bayerns ungeschmälert erhalten bleiben. Die Ein-
führung der sogenannten parlamentarischen
Regierungsform lehnen wir grundsätzlich unter
allen Umständen ab.

Die namentliche Abstimmung im Reichstage.

Bei der namentlichen Abstimmung über die Friedensresolution
haben für die Resolution geschlossen gestimmt die sozial-
demokratische Fraktion und die fortschrittliche
Volkspartei mit Ausnahme des Abgeordneten Dr. Hefcher,
der sich der Stimme enthielt. Vom Zentrum haben gegen die
Mehrheit und gegen die eigene Fraktion gestimmt die Abgeordneten
Freiherr von Frankenstein, Graf v. Selen, Dr. Pfeifer, Graf
Praschna und Schwarze (Lippstadt). Von der Deutschen
Fraktion stimmten gegen die Resolution die ehemaligen Reichs-
partei und der Abgeordnete Rumm, für die Resolution fast
alle anderen Mitglieder. Die Unabhängigen Sozial-
demokraten stimmten geschlossen — sämtliche 90 Mit-
glieder waren zur Stelle — gegen die Entscheidung, mit ihnen
auch der sozialdemokratische Abgeordnete Rühle. Außer den
Polen enthielt sich noch der Abgeordnete Dr.
Beder-Hessen (Wald).

Die Unabhängigen haben sich den Geniestreich geleistet, gegen
die Friedensresolution des Reichstages zu stimmen, obwohl selbst
die „Leipziger Volkszeitung“ anerkennen muß: „Wir leugnen nicht
ihre Bedeutung als Orientierungspunkt; die Stellung, die die Par-
teien und die Regierung zu ihr einnehmen, ist wichtig und be-
deutsam für die weitere Entwicklung Deutsch-
lands und des Krieges.“

Kleine Anfragen.

H. Graefe (L.) erkundigt sich, warum die Münchener all-
deutsche Zeitschrift „Die Wirklichkeit“ verboten wurde.

Hoch (Sog.) fragt, ob der Reichskanzler eine Erhöhung des
ungerechten Verpflegungsgeldes für Sol-
daten, die zu Hause essen — 1,20 M. pro Tag —, zu veranlassen
gedenkt.

Davidsohn (Sog.) und Bauer (Sog.) fragen, ob eine
Erhöhung des beschlagnahmefreien Einkommens auf
3000 M. zu erwarten steht.

Dieselben und Scheidemann (Sog.) wünschen ein Ein-
schreiten gegen die Ausweisungen österreichischer Juden
aus dem Regierungsbezirk Opperln.

Auf alle diese Anfragen wird wegen der Vertagung des Reichs-
tags schriftliche Antwort gegeben werden.

Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Im Reichstage verkündete, daß der Vorkanzler in Konstanti-
nopol, Freiherr von Rühlmann, zum Staatssekretär des Aus-
wärtigen Amtes ernannt worden und daß Dr. Helfferich den Vor-
kanzlerposten in Konstantinopel übernehmen werde.

Kartoffelbauer und Menschenfreund.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft
veröffentlicht im 1. Heft des 32. Jahrbuchs den Bericht über
ihre Tagung im Februar 1917. Es wurden u. a. zwei
Vorträge über Kartoffelbau von Landwirten gehalten. Zweiter
Berichterstatter war der Domänenpächter Schurig-Egin, ein
großer Gemüsebauer, der von sich selbst rühmend hervorhebt,
daß er es in 20 Jahren von 150 Morgen auf jetzt 6000
Morgen Landbesitz gebracht hat. Am Schluß seiner Minister-,
Erzelenzen und Großagrariern gehaltenen Rede heißt es in
bezug auf die Festsetzung von Kartoffelhöchstpreisen:

„Warum so ängstlich in der Preisbemessung nach oben?“
(Sehr richtig!) „Ich möchte Ihnen ein kurzes Beispiel anführen.
Ich wohne in einer kleinen Bahnstation von Berlin. Zu mir kommen
jezt täglich 60, 70 Leute, teils Frauen mit abgekürzten Gesichtern,
teils Postboten, Bahnkassierer, kurz alles mögliche vom Berliner
Straßenpflaster. Die Leute verdienen 2,20 bis 2,50 M. Fahrge-
ld, verdienen einen Tag Arbeit, das macht etwa 6 bis 7 M. Für
diese 6 bis 7 M., die sie zunächst einmal in der Hoffnung, über-
haupt nur Kartoffeln zu erreichen — vielfach werden sie Fehl-
reisen machen —, bekommen sie 25 Pfund Kartoffeln. Ich darf
ja eigentlich nicht mehr Kartoffeln verkaufen, aber wer soll dem
widerstehen, wenn diese Leute vor einem weinen, knien
und betteln? Da mag ein Landrat kommen, wer will, es ist
unmenschlich, diese Leute wegzuschicken. (Sehr richtig!) Diese
Leute haben doch auch mit dem Pfennig zu rechnen, sie fragen
nicht nach dem Preise, sie wollen nur Kartoffeln haben. Und so
meine ich, mühte auch jetzt vorgegangen wer-
den, nicht so ängstlich mit dem Preise. Wir wollen vor allem
Kartoffeln erzielen. (Lebhafter Beifall.)“

„Sie weinen und betteln um Kartoffeln.“ — drum „nicht
ängstlich mit den Preisen!“ Lebhafter Beifall! Kein Wider-
spruch!

Letzte Nachrichten.

Finnlands Autonomie-Erklärung.

Rücktritt des finnischen Senats.

Petersburg, 20. Juli. Die Petersburger Telegraphen-
agentur teilt mit: Einer Nachricht aus Helsinki zufolge wird
der finnische Senat wegen des Landtagsbeschlusses über die
Autonomie Finnlands heute inogelamt ein Abschieds-
gesuch einreichen. Gleichzeitig wird der Senat der vorläufigen
Regierung Mitteilung von diesem Schritte machen. Anlässlich der
Unabhängigkeitserklärung wurde heute morgen auf dem Senat-
und dem Landtagsgebäude und auf anderen öffentlichen Gebäuden
von Helsinki die finnische Nationalflagge gehißt.

Der Kampf bei Kalusz.

Russischer Bericht vom 19. Juli. Westfront. Unsere Ab-
teilungen bemächtigten sich nach Nachtangriffen des Dorfes
Kowica, südlich von Kalusz, erlitten aber starke Verluste und
zogen sich nach dem Ortspfeil des Dorfes zurück. Zwei feindliche
Angriffe auf die oben erwähnte Stellung unserer Abteilungen
wurden durch Feuer abgeschlagen. In dem Kampfe bei Kalusz am
17. Juli nahmen wir drei Maschinengewehre und machten acht
Offiziere und 20 Mann zu Gefangenen.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes.

In der Generalversammlung am 18. Juli wurde der Geschäftsbericht vom 2. Quartal gegeben. In 6 erfolgreichen Lohnbewegungen wurde für 670 Beteiligte eine wöchentliche Lohnzulage von 4637 M. erreicht; zurzeit schweben noch drei große Lohnbewegungen. Diese Erfolge brachten dem Verbands 528 neue Mitglieder, so daß der Mitgliederbestand um 447 gestiegen ist. Der Massenbestand, der sonst stets eine Abnahme zeigte, hat eine Zunahme von 124 M. zu verzeichnen. Der Arbeitsnachweis wurde von 58 Arbeitslosen in Anspruch genommen, 92 offene Stellen wurden gemeldet und davon 27 besetzt. Zur Errichtung eines paritätischen Nachweises für das Textilgewerbe Groß-Berlins äußerten sich drei Arbeitgeberorganisationen in zumutendem Sinne, zwei in ablehnendem, eine konnte noch keinen Beschluß fassen und eine hat nicht geantwortet. Die Deputation für Arbeitsnachweis der Stadt Berlin ist ersucht worden, alle Arbeitgeberorganisationen der hiesigen Textilindustrie unter Hinzuziehung unseres Verbandes zu einer Besprechung einzuladen; hoffentlich kann diese recht bald stattfinden.

Aus der Schlichtungskommission für Militärschneider.

Der „Kriegerbund“ als Wohltäter.

Vor der Schlichtungskommission der Militärschneider Klage der Schneiderinnen auf Nachzahlung zu wenig gezahlter Löhne. Eine Wohltätigkeitsinstitution, die sich „Kriegerbund“ nennt, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, für Kriegerfrauen Arbeit zu beschaffen. Er tat dies auch in der Art, daß er Militärlieferungen übernahm und sie an eine Wäschefirma weitergab. Damit war, wie sich aus der Verhandlung ergab, seine Aufgabe erschöpft. Doch er laut Vertrag auch Verpflichtungen übernommen hatte, z. B., daß die Arbeiter den tariflichen Lohn erhalten müssen, scheint der Bund vergessen zu haben, jedenfalls haben jetzt Arbeiterinnen auf Nachzahlung, da statt 6 M. für ein Duzend Hemden nur 2,50 M. gezahlt wurden.

Der Vertreter der Firma erklärte, zu jener Zeit im Felde gewesen zu sein, er habe darum, als er später zurückgekommen war, von dieser Angelegenheit nichts wissen können.

Kunze vom Schneiderverband führte aus: Es sei an sich schon zu beanstanden, daß ein Wohltätigkeitsunternehmen die erhaltenen Aufträge, statt selbst auszuführen, an eine Wäschefirma weitergebe. Wenn es aber schon geschah, dann hätte der Bund wenigstens sich darum kümmern sollen, daß die Arbeiter auch den ihnen zustehenden Lohn erhalten. Unter den gegebenen Umständen sei es das Ratfamste, eine kompetente Person vom Kriegerbund herbeizugleiten, damit sich die Sache klarstellen lasse.

Der Vertreter der Wäschefirma erklärte: Der Kriegerbund wollte für Kriegerfrauen Arbeit beschaffen, und da der Inhaber der Fabrik Schatzmeister des Bundes sei, seien ihm die Lieferungen zur Fertigstellung übertragen worden.

Ein Arbeitgeberbesitzer wünscht Auskunft darüber zu erhalten, ob das Wirken der Wäschefirma auch als Wohltätigkeitsunternehmen gedacht war und welche Tätigkeit der Kriegerbund dabei entwidelt habe.

Kunze: Die Wäschefabrik ist selbstverständlich ein rein gewerbliches Unternehmen, der Kriegerbund hat lediglich als Vermittler mitgewirkt. Wichtig wäre es gewesen, wenn die Arbeit direkt an die Wäschefirma gegangen wäre, unter Ausschaltung des Kriegerbundes.

Der Vertreter der Firma führte aus, daß unter den Arbeiterinnen, die sie beschäftigt hätten, auch Kriegerfrauen gewesen seien. Im übrigen sei die Firma gern bereit, nachzugeben, wenn sie der inzwischen in alle Winde verstreuten Arbeiterinnen habhaft werden könne.

Ein Arbeitgeberbesitzer: Wir haben es hier wieder einmal, wie so oft, mit einem der Fälle zu tun, wo sogenannte Wohltätigkeitsvereine sich Militärlieferungen verschaffen und diese unbekümmert um die Vorschriften einfach weitergeben an irgendein privates Industrieunternehmen. Der Fall ist charakteristisch für die Auffassung solcher Wohltätigkeitsvereine.

Kunze: Ich werde die Personen, die in Betracht kommen, festzustellen suchen und im nächsten Termin, wo der Kriegerbund vertreten sein wird, nennen.

Parteinachrichten.

J. A.

Die Redaktion der „Intern. Korr.“ schreibt uns: Der „Vorwärts“ wendet sich in seiner gestrigen Nummer gegen einen Artikel der „Internationalen Korrespondenz“, der den Plan einer neuen Kanzlerschaft des Fürsten Bülow unter der Überschrift „Bülow und Bethmann“ besprochen. Der Artikel war von seinem Verfasser, dem Genossen W. Beer, mit vollem Namen gezeichnet. Der „Vorwärts“ wird anerkennen, daß es nicht zulässig ist, wegen eines vom Verfasser gezeichneten Artikels nicht diesen, sondern das Organ anzugreifen, in dem er erscheint.

Der Artikel Beers ist dem „Vorwärts“ von uns am 13. Juli zugestellt worden. Am 20. Juli, nachdem der Gehobte einer neuen Kanzlerschaft Bülows längst abgetan war, kam der „Vorwärts“ darauf zurück.

Woher diese ungewöhnliche Methode? Dabei, daß die Redaktion des „Vorwärts“ sich nicht die Mühe gemacht hat, den Artikel in der „Internationalen Korrespondenz“ selbst zu lesen; er hat vielmehr seinen Angriff gegen die „J. A.“ ohne Quellenangabe der „Leipziger Volkszeitung“ entnommen. Diese hat nun den Artikel zum Zwecke der Hege gegen die Sozialdemokratie erst zurechtgemacht. In dem Artikel hieß es ganz deutlich:

„Das Ausland denunzierte Deutschland als krieglustigste Macht, während Bülow alle Gelegenheiten unmissverständlich vorübergehen ließ, um günstige militärische Entscheidungen herbeizuführen, obwohl er von seinem Standpunkt als Antisozialist und Antinternationalist unseren Friedensweg der Völkervereinigung ausschlug — ließ er doch nicht einmal Laurès in Berlin reden.“

Der Artikel sagt also ganz klar, daß Bülow die Friedenspolitik des Sozialismus und der Demokratie ablehnte und biswärtische Nachpolitik trieb, aber nicht wie Bismarck, sondern wie Fürst Gortschakoff. Den mit „obwohl“ beginnenden Satz hat das „unabhängige“ Zentralorgan aus durchsichtigen Gründen weggelassen, und der „Vorwärts“, statt dessen Verdröpfung aufzudecken, ist ihm darin ohne eigene Nachprüfung gefolgt. Warum der „Vorwärts“ den Unabhängigen diese Fehlerselberdienste gegen Parteigenossen leistet, müssen wir ihm überlassen aufzuklären.

Wir sagten gestern schon, daß der Verfasser jenes Artikels nur die „kriegerische Waulauferei“ der Bülow-Politik habe tadeln wollen, wir haben uns also die Auffassung der „Leipziger Volkszeitung“ nicht zu eigen gemacht, sondern sind ihr im Gegenteil entgegengetreten. Immerhin gab der Artikel Gelegenheit zu Misdeutungen, und die sehr sanfte Art, die wir an ihm übten, war darum vielleicht nicht ganz unbedeutend.

Ob die „J. A.“ den Kampf gegen die Unabhängigen immer glücklicher geführt, ob sie ihnen nicht auch mitunter Latitationsstoff geliefert und damit unfreiwillig „Fehlerselberdienste“ geleistet hat, mag dahingestellt bleiben. Keinesfalls werden ihnen aber Fehlerselberdienste dadurch geleistet, daß die Friedenspolitik der Partei

gegen alle Verdächtigungen sichergestellt wird. Dies allein war der Zweck unserer Feststellung.

Die Begnadigung Friedrich Adlers.

Durch eine nationalverbändlerische Korrespondenz, aus der die Nachricht auch in reichsdeutsche Blätter gekommen ist, hat Abg. Wittl, der einzige russische Sozialdemokrat im Abgeordnetenhaus, die Mitteilung verbreitet, daß er an den Präsidenten Groß eine Anfrage wegen Friedrich Adler gerichtet habe. Die „Arbeiterzeitung“ bemerkt dazu, daß Wittl diese Anfrage, deren Zweck war, auf die Begnadigung Friedrich Adlers hinzuwirken, auf eigene Faust eingebracht habe.

Jubel an unrechter Stelle.

Die Presse der Unabhängigen jubelt, daß es im zweiten Berliner Wahlkreis einem Unabhängigen gelungen ist, ein obliegendes Urteil gegen den alten, der Partei treugebliebenen Kassierer des Wahlvereins zu erwirken, wonach dieser 200 Mark an die Unabhängigen herauszugeben hat. Dabei wird verschwiegen, daß gegen das Urteil des Amtsgerichts Verufung eingelegt ist. Noch weniger lokal aber ist es, daß die „unabhängige“ Presse alle diejenigen Urteile verschweigt, die zu ihren Ungunsten ergangen sind. Wir haben von diesen Parteikreisigkeiten bisher keine Notiz genommen, müssen aber jetzt einiges nachholen. Bereits am 30. März dieses Jahres sind die Unabhängigen mit ihrer Klage gegen die Genossin Gerich in Baumshuldenweg abgewiesen worden. Der Sache lag genau derselbe Tatbestand zugrunde, wie in dem den zweiten Berliner Wahlkreis betreffenden Urteil. Die Unabhängigen verlangten, daß die Genossin Gerich die Gelder herausgebe, die sie als Kassiererin des Wahlvereins Baumshuldenweg besitze und im Interesse der Partei verwende. Diese Klage ist abgewiesen worden. Einen noch härteren Schlag für die Unabhängigen stellt das unter Vorsitz des Bremer Landgerichtspräsidenten ergangene Urteil des Landgerichts Bremen dar, welches ausspricht, daß, wenn ein sozialdemokratischer Wahlverein sich von dem Boden der Gesamtpartei löst, er nicht berechtigt ist, über die Geldmittel des Vereins zu verfügen, auch wenn die von der Gesamtpartei sich Trennenden die Mehrheit der Vereinsmitglieder darstellen; denn damit habe der Verein seinen alten Charakter verloren, er sei ein anderer geworden, und hieran ändere auch die Tatsache, daß der neue unabhängige Verein durch Beibehaltung des alten Namens den Anschein erwecke, daß er der alte geblieben sei, nicht das geringste. Aus diesem Grunde wurde, wie von uns ausführlich berichtet, die Klage der Unabhängigen Bremens gegen die sozialdemokratische Partei Bremens auf Herauszahlung der von dieser einbehaltenen Gelder abgewiesen.

Aus den Organisationen.

Am Sonntag, dem 15. Juli, fand in Grünberg eine Konferenz des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Grünberg-Freystadt statt. Den Geschäfts- und Massenbericht erstattete Genosse Thuerkau. Die Organisation hat durch die Einziehung der Mitglieder zum Seeresdienst außerordentlich gelitten. Beträgt doch die Zahl der eingezogenen Mitglieder 85 Proz. Der Kassierbericht zeigt dagegen ein weniger unglückliches Bild. Größere Aufmerksamkeit soll auf die Organisation der Frauen gerichtet werden. Die Konferenz faßte den Beschluß, in eine lebhafteste Agitation für die „Gleichheit“ einzutreten, und diese Frauengruppe obligatorisch einzuführen. Gen. Eberle referierte dann über die Tagesordnung und die Aufgaben des kommenden Parteitag. Der folgende vom Gen. Schönknecht gestellte Antrag an den Parteitag wurde angenommen:

„Die Konferenz des Kreises Grünberg-Freystadt ersucht den Parteitag, im Hinblick auf die Kriegsverfahrenen die Reichstagsfraktion zu beauftragen: in der bevorstehenden parlamentarischen Winter-Kampagne die Fragen des Normal-Arbeitstages und der Minimallohnfrage durch Einbringung von Initiativ-Anträgen ihrer gesetzlichen Verwirklichung näherzubringen.“

Als Delegierter zum Parteitag wurde Gen. Davidsohn gewählt. Von den Neuwahlen zum Kreisvorstand wurde Abstand genommen. Zum letzten Punkt der Tagesordnung: „Die politische Situation“ sprach Reichstagsabgeordneter Gen. Davidsohn.

Industrie und Handel.

Oesterreichisch-ungarische Zahlungsbilanz.

Nach einer vom österreichischen Finanzministerium veröffentlichten statistischen Untersuchung ergab sich für das Jahr 1913 folgendes Bild der österreichisch-ungarischen Zahlungsbilanz: Zahlungen von Wertpapier-Zinsen und Dividenden an das Ausland 350 Millionen Kronen, Ueberschuß der Wareneinfuhr über die Ausfuhr 521 Millionen Kronen, Ueberschuß der Edelmetallausfuhr über die Einfuhr 4 Millionen Kronen. Diesen Lastposten von 875 Millionen Kronen standen gegenüber: Eingänge an Zinsen und Dividenden von ausländischen Wertpapieren 40 Millionen Kronen, Ueberschuß aus der Warenbeförderung 70 Millionen Kronen, Ueberschuß der Zulüsse aus der Wanderbewegung 443 Millionen Kronen, Ertrag des Fremdenverkehrs 89 Millionen Kronen, Ueberschuß der Kapitalverflechtungen wesentlich mehr als 200 Millionen Kronen (mit welchem Betrage er für das Jahr 1912 berechnet wurde). Aus diesen Ziffern geht hervor, daß die Zahlungsbilanz Oesterreich-Ungarns in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch recht ungünstig war. Nach dem Kriege wird sich die österreichisch-ungarische Zahlungsbilanz kaum bessern, da einmal die Zahlungen an das Ausland infolge des großen Rohstoffbedarfs und der steigenden Auslandsverschuldung sich kräftig erhöhen werden, andererseits sich die Eingänge aus dem Reiseverkehr und die Geldsendungen der Auswanderer, die durch die unsichere Währung abgedrückt werden dürften, leider verringern werden.

Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Hest 4 von „Mittel-Europa“, der Zeitschrift des von Friedrich Raumann gegründeten Arbeitsausschusses für Mittel-Europa, bringt folgende Meldung über den Beginn der wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn und die Namen der Teilnehmer auf deutscher, österreichischer und ungarischer Seite. Die „National-Zeitung“ berichtet: Es nehmen an den Verhandlungen teil: Der Leiter des österreichischen Handelsministeriums Viktor Mataja, der Staatssekretär im gleichen Ministerium Richard Kiehl und Ministerialrat Dr. Schüller, von ungarischer Seite der Handelsminister Graf Serenyi und sein Staatssekretär Freiherr v. Vers. Die Führung der österreichischen Seite hat der ehemalige Vizepräsident der kaiserlichen Monarchie in Rom Freiherr v. Nerech; auf deutscher Seite wird die Geschäfte leiten unser Vizepräsident in Wien Graf v. Wedel. Sein Stellvertreter ist der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Richter. Dem gleichen Amt wird ferner anwesend sein Geheimere Oberregierungsrat Dr. v. Schönebeck. Das Reichssekretariat, sofern es an den Verhandlungen beteiligt ist, wird durch seinen Direktor, den preussischen Bundesratsbevollmächtigten Geheimrat Reuschel, vertreten. Das preussische Finanzministerium delegiert den Reichlichen Geheimen Oberfinanzrat und Abteilungsdirigenten für die Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern Dr. Wolffram, das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe den vortragenden Rat in der Handelsabteilung Geheimen Oberregierungsrat Reuhaus, das preussische Landwirtschaftsministerium dürfte den Geheimen Regierungsrat Dr. Wicht entsenden. Für Spezialfragen werden natürlich noch Spezialkommissare bestellt werden. Das Auswärtige Amt ist außer durch den Vizepräsidenten vertreten durch den Direktor der handelspolitischen Abteilung Reichlichen Geheimen Legationsrat Dr. Johannes und den vortragenden Rat Geheimen Legationsrat v. Stockhammer. Bayern nimmt an den Verhandlungen teil durch seinen Bundesratsbevollmächtigten Staatsrat Ritter von Kohl, Czergenz, Sachsen durch seinen Bundesratsbevoll-

mächtigten Geheimen Rat v. Scharf. Die Verhandlungen werden voraussichtlich am Montag, den 23. Juli — endlich — beginnen.

Die Lebensmittelteuerung in England.

Ein Londoner Telegramm an „Verdens Gang“ meldet, nach der letzten Statistik seien die Kleinhandelspreise für Lebensmittel in England seit Juli 1914 um 104 Proz. gestiegen.

Soziales.

Städtisches Stillgeld.

Eine empfehlenswerte Maßnahme hat seit Anfang dieses Jahres der Magistrat der Stadt Waldenburg durchgeführt. Die Stadtgemeinde Waldenburg gewährt aus städtischen Mitteln zwecks Bekämpfung der Kindersterblichkeit folgende Leistungen:

Mütter, denen nach den Bestimmungen über die Reichswochenhilfe aus Mitteln des Reichs oder nach den Satzungen von Krankenkassen aus deren Mitteln Anspruch auf Stillgeld zusteht, erhalten, sobald der Anspruch auf das Reichsstillgeld oder das Krankenkassenstillgeld fortgefallen ist, so lange sie stillen, ein städtisches Stillgeld von 30 Pf. täglich bis zum Ablauf des sechsten Monats nach der Geburt des Kindes.

Alle übrigen Mütter erhalten, so lange sie stillen, längstens jedoch bis zum Ablauf des sechsten Monats nach der Geburt des Kindes das gleiche städtische Stillgeld von 30 Pf. täglich, falls bei ihnen Bedürftigkeit vorliegt. Bedürftigkeit wird in der Regel, das heißt wenn nicht besondere, die Bedürftigkeit ausschließende Umstände obwalten, stets als vorliegend angenommen, wenn die Ernährerin des Kindes, bei unehelichen Kindern also die Mutter, zu seinem höheren Staatseinkommensteuerjahr als 36 M. jährlich veranlagt ist.

Die Zahlung des Stillgeldes erfolgt für Rechnung der Stadt durch die Säuglingsfürsorgestelle, der das Kind wöchentlich einmal vorzustellen und der Nachweis zu erbringen ist, daß das Kind gestillt wird.

Mütter, welche ihre Kinder aus triftigen Gründen überhaupt nicht stillen können oder aus triftigen Gründen mit dem Stillen aufhören müssen, können im Falle und für die Dauer der Bedürftigkeit, die hier jedoch in jedem Falle unabhängig von der Höhe des Staats-Einkommensteuerjahres besonders zu prüfen ist, durch die Säuglingsfürsorgestelle für Rechnung der Stadt Kindernaehrung erhalten. Anträge sind bei der Säuglingsfürsorgestelle anzubringen und werden von dieser dem Magistrat zur Entscheidung vorgelegt.

Die vorstehend bezeichneten Leistungen gelten nicht als Armenunterstützungen.

Die Krankenkassenbeamten und das kommunale Steuerprivileg.

Der Vorstand einer Orts-, Land- oder Innungskrankenkasse kann mit Genehmigung des Oberversicherungsamts Beamte auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich oder mit Anrecht auf Ruhegehalt anstellen. Für Klassen dieser Art mit mehr als 10 000 Versicherten kann das Oberversicherungsamt anordnen, daß mindestens die Geschäftsleiter in dieser Weise angestellt werden. Den in Preußen so angestellten Beamten sind nun durch Erlass der Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft die Rechte und Pflichten der gemeindlichen Beamten übertragen worden. Es kann nicht wunder nehmen, daß nun sofort die Streitfrage auftauchte, ob diesen Beamten auch das kommunale Steuerprivileg zustehe. Dieses Privileg geht dahin, daß die unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbeamten mit ihrem Dienstlohn kommen zur Gemeindeeinkommensteuer nur herangezogen werden, sofern nicht mehr als 125 Proz. Zuschläge erhoben werden.

Der Geschäftsführer der Allgemeinen Ostpreussischen Arbeitervereine war nun für das Steuerjahr zur Gemeindeeinkommensteuer mit einem Kommunalschlag von 250 Proz. herangezogen. Sein Anspruch, mit nur 125 Proz. Zuschlag herangezogen zu werden, wurde vom Magistrat abgewiesen. Der Bezirksausschuß entsprach jedoch diesem Antrage. Auch bei den mit den Rechten und Pflichten der gemeindlichen Beamten ausgestatteten Kassenbeamten sei die für das Steuerprivileg in Frage kommende Voraussetzung erfüllt, daß es sich um Beamte solcher Körperschaften handeln müsse, welche organisch in die Zwecke des Staats eingreifen bzw. Zwecke zu erfüllen haben, die in direkter Beziehung zu den Aufgaben des Staats stehen.

Das Oberverwaltungsgericht befähigte am Bezirksausschuß im wesentlichen zutreffend sein. 2 C. (H.) 317. 16.

Wassersperrung bei säumiger Mietzahlung.

Säumigen Mietern das Wasser zu sperren, ist nach einer Entscheidung des Kammergerichts nicht gestattet, da die im gesundheitlichen und feuerpolizeilichen Interesse vorgeschriebene Abgabe des Wassers unter allen Umständen erfolgen müsse, auch wenn der Mieter Zahlung nicht leistet.

Gerichtszeitung.

Der Vorzugssatz und die Höhe der Lustbarkeitssteuer. Der Theaterdirektor Vortuschel in Berlin hatte sogenannte Vons ausgegeben, gegen deren Vorziehung die Inhaber weniger als den Kassenpreis für den fraglichen Platz zu zahlen brauchten. Der Berliner Magistrat legte aber auch in solchen Fällen der Höhe der Lustbarkeitssteuer, die nach den Eintrittspreisen abgestuft ist, den Kassenpreis und nicht den von den Betreffenden gezahlten Vorzugssatz zugrunde. Eine derartige Heranziehung foßt Vortuschel im Klagewege an, weil er sie für unzulässig erachtete. Es müßte hier der Vorzugssatz als Grundlage der Besteuerung genommen werden, weil nach einer Bestimmung der Berliner Lustbarkeitssteuerordnung als Eintrittspreis die Gesamtsumme der Geldbeträge gelte, die für die Teilnahme an der Veranstaltung von den einzelnen Besuchern zu entrichten sind. Der Bezirksausschuß wies jedoch die Klage ab: Nach dem Wortlaut des § 4 der Steuerordnung bilde für die Berechnung der Steuer der jeweilige festgesetzte Kassenpreis die Unterlage für die Steuerbehörde. Danach könne es nicht in Betracht kommen, wenn der Unternehmer eines Theaters verschiedenen Besuchern aus irgend einem Grunde Preisermäßigung gewähre. Das Oberverwaltungsgericht wies die hiergegen vom Kläger eingelegte Revision als unbegründet zurück.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Schöneberg. Heute abend findet eine Nachfabrik nach dem Möglichen statt. Treffpunkt ist abends 9 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz. Rahrgeld 50 Pf. — Mittwoch, den 23. Juli: Spiele auf dem Platz. Anfang 8 Uhr. Gäste sind auf allen Veranstaltungen willkommen.

Der Jugendausschuß. J. A.: Karl Stengel.

Arbeiter-Zamariterbund Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche abends 8¹/₂ Uhr 1. bis 6. Abteil. Montag, den 28. Juli, Köpenicker Str. 62: Vortrag; danach praktische Verhandlungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Mittwoch, den 25. Juli: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Leitung im August.

Sonntag, den 22. Juli: Familienausflug nach Nieder-Schönhausen. Treffpunkt um 3 Uhr im Restaurant neben der Strauchwiese.

Allgemeine Kranken- und Zierbesuche der Metallarbeiter (S. a. W. Hamburg). Filiale Berlin 3. Mitgliederversammlung Sonntagabend, den 21. Juli, abends 8¹/₂ Uhr, bei Kayler, Reichensberger Straße 154.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Diederich, Berlin-Neudamm; für d. literar. Teil des Blattes: Alfred Grotz, Neudamm; für Anzeigen: Th. Grotz, Berlin, Druck u. Verlag: „Vorwärts“-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Quers 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

117. Sitzung, Freitag, den 20. Juli, vormittags 11 Uhr.

Im Bundesrat: Der Reichskanzler, Dr. Helfferich, Zimmermann, Lisco, Votacki.

Kurze Anfragen.

Abg. Lebebour (Unabh.) und Abg. Bauer (Soz.) fragen, was der Reichskanzler gegenüber dem Oberkommando in den Marken zu tun gedenkt, das dem Deutschen Metallarbeiterverbande, Ortsstelle Berlin, die Abhaltung von Generalversammlungen wiederholt verboten hat.

Oberst v. Briesberg: Nach den angestellten Ermittlungen ist ein Verbot der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsstelle Berlin, durch das Oberkommando in den Marken nicht ergangen.

Abg. Lebebour (zur Ergänzung): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß diese Behauptung von einem Bevollmächtigten des Verbandes in einer Verwaltungssitzung vor einer großen Anzahl von Zeugen aufgestellt worden ist?

Oberst v. Briesberg: Ich habe nichts hinzuzufügen.

Abg. Lebebour (zur Ergänzung): Ist das Verbot etwa im Auftrage des Polizeipräsidenten erlassen?

Präsident Dr. Kaempf: Das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage.

Abg. Dittmann (Unabh.) fragt wegen des Verbotes der Verbreitung des Manifestes der Unabhängigen Sozialdemokraten zur Stockholmer Friedenskonferenz.

Ministerialdirektor Lewald: Der Reichskanzler hat erst durch die Anfrage Kenntnis davon erlangt und wird wegen der Aufhebung des Verbotes mit dem betreffenden militärischen Befehlshaber in Verbindung treten.

Abg. Dr. Herzfeld (Unabh.) fragt, was der Reichskanzler angesichts des Beschlusses des Kammergerichts zu tun gedenkt, durch welchen ein Minderjähriger wegen seiner politischen Gesinnung in Fürsorgeziehung gegeben ist.

Direktor im Reichsjustizamt Desbrüd: Der Beschluß über die vorläufige Unterbringung des betreffenden Minderjährigen in Fürsorgeziehung ist auf ergangene Beschwerde aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen worden.

Abg. Kunert (Unabh.) fragt wegen der Heranziehung von Staatenlosen und von Ausländern, die für staatenlos erklärt wurden, zum deutschen Heeresdienst.

Oberst Marquardt: Staatenlose, die sich im Deutschen Reich dauernd aufhalten, können nach dem Gesetz zum Heeresdienst herangezogen werden. Bei den Heranziehungen handelt es sich um geborene Deutsche, die ausgewandert waren und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, ohne eine andere zu erwerben, und die später nach Deutschland zurückgekehrt waren, ferner um solche, die ihre ausländische Staatsangehörigkeit verloren, aber die deutsche nicht erworben hatten.

Abg. Kunert (Unabh.) fragt, was der Reichskanzler angesichts der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der als Ausländer gemeldeten Personen allgemein nachzuprüfen, und im Mai 1917 ist eine nochmalige Nachprüfung angeordnet worden.

Oberst Marquardt: Staatslose, die sich im Deutschen Reich dauernd aufhalten, können nach dem Gesetz zum Heeresdienst herangezogen werden. Bei den Heranziehungen handelt es sich um geborene Deutsche, die ausgewandert waren und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, ohne eine andere zu erwerben, und die später nach Deutschland zurückgekehrt waren, ferner um solche, die ihre ausländische Staatsangehörigkeit verloren, aber die deutsche nicht erworben hatten.

Abg. Kunert (Unabh.) fragt, was der Reichskanzler angesichts der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der als Ausländer gemeldeten Personen allgemein nachzuprüfen, und im Mai 1917 ist eine nochmalige Nachprüfung angeordnet worden.

Oberst Marquardt: Staatslose, die sich im Deutschen Reich dauernd aufhalten, können nach dem Gesetz zum Heeresdienst herangezogen werden. Bei den Heranziehungen handelt es sich um geborene Deutsche, die ausgewandert waren und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, ohne eine andere zu erwerben, und die später nach Deutschland zurückgekehrt waren, ferner um solche, die ihre ausländische Staatsangehörigkeit verloren, aber die deutsche nicht erworben hatten.

Abg. Kunert (Unabh.) fragt, was der Reichskanzler angesichts der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der als Ausländer gemeldeten Personen allgemein nachzuprüfen, und im Mai 1917 ist eine nochmalige Nachprüfung angeordnet worden.

Oberst Marquardt: Staatslose, die sich im Deutschen Reich dauernd aufhalten, können nach dem Gesetz zum Heeresdienst herangezogen werden. Bei den Heranziehungen handelt es sich um geborene Deutsche, die ausgewandert waren und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, ohne eine andere zu erwerben, und die später nach Deutschland zurückgekehrt waren, ferner um solche, die ihre ausländische Staatsangehörigkeit verloren, aber die deutsche nicht erworben hatten.

Abg. Kunert (Unabh.) fragt, was der Reichskanzler angesichts der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der als Ausländer gemeldeten Personen allgemein nachzuprüfen, und im Mai 1917 ist eine nochmalige Nachprüfung angeordnet worden.

Oberst Marquardt: Staatslose, die sich im Deutschen Reich dauernd aufhalten, können nach dem Gesetz zum Heeresdienst herangezogen werden. Bei den Heranziehungen handelt es sich um geborene Deutsche, die ausgewandert waren und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, ohne eine andere zu erwerben, und die später nach Deutschland zurückgekehrt waren, ferner um solche, die ihre ausländische Staatsangehörigkeit verloren, aber die deutsche nicht erworben hatten.

Abg. Kunert (Unabh.) fragt, was der Reichskanzler angesichts der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der als Ausländer gemeldeten Personen allgemein nachzuprüfen, und im Mai 1917 ist eine nochmalige Nachprüfung angeordnet worden.

Oberst Marquardt: Staatslose, die sich im Deutschen Reich dauernd aufhalten, können nach dem Gesetz zum Heeresdienst herangezogen werden. Bei den Heranziehungen handelt es sich um geborene Deutsche, die ausgewandert waren und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, ohne eine andere zu erwerben, und die später nach Deutschland zurückgekehrt waren, ferner um solche, die ihre ausländische Staatsangehörigkeit verloren, aber die deutsche nicht erworben hatten.

Abg. Kunert (Unabh.) fragt, was der Reichskanzler angesichts der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der als Ausländer gemeldeten Personen allgemein nachzuprüfen, und im Mai 1917 ist eine nochmalige Nachprüfung angeordnet worden.

Oberst Marquardt: Staatslose, die sich im Deutschen Reich dauernd aufhalten, können nach dem Gesetz zum Heeresdienst herangezogen werden. Bei den Heranziehungen handelt es sich um geborene Deutsche, die ausgewandert waren und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, ohne eine andere zu erwerben, und die später nach Deutschland zurückgekehrt waren, ferner um solche, die ihre ausländische Staatsangehörigkeit verloren, aber die deutsche nicht erworben hatten.

Abg. Kunert (Unabh.) fragt, was der Reichskanzler angesichts der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der als Ausländer gemeldeten Personen allgemein nachzuprüfen, und im Mai 1917 ist eine nochmalige Nachprüfung angeordnet worden.

Oberst Marquardt: Staatslose, die sich im Deutschen Reich dauernd aufhalten, können nach dem Gesetz zum Heeresdienst herangezogen werden. Bei den Heranziehungen handelt es sich um geborene Deutsche, die ausgewandert waren und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, ohne eine andere zu erwerben, und die später nach Deutschland zurückgekehrt waren, ferner um solche, die ihre ausländische Staatsangehörigkeit verloren, aber die deutsche nicht erworben hatten.

Abg. Kunert (Unabh.) fragt, was der Reichskanzler angesichts der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der als Ausländer gemeldeten Personen allgemein nachzuprüfen, und im Mai 1917 ist eine nochmalige Nachprüfung angeordnet worden.

Oberst Marquardt: Staatslose, die sich im Deutschen Reich dauernd aufhalten, können nach dem Gesetz zum Heeresdienst herangezogen werden. Bei den Heranziehungen handelt es sich um geborene Deutsche, die ausgewandert waren und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, ohne eine andere zu erwerben, und die später nach Deutschland zurückgekehrt waren, ferner um solche, die ihre ausländische Staatsangehörigkeit verloren, aber die deutsche nicht erworben hatten.

Abg. Kunert (Unabh.) fragt, was der Reichskanzler angesichts der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der als Ausländer gemeldeten Personen allgemein nachzuprüfen, und im Mai 1917 ist eine nochmalige Nachprüfung angeordnet worden.

Oberst Marquardt: Staatslose, die sich im Deutschen Reich dauernd aufhalten, können nach dem Gesetz zum Heeresdienst herangezogen werden. Bei den Heranziehungen handelt es sich um geborene Deutsche, die ausgewandert waren und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, ohne eine andere zu erwerben, und die später nach Deutschland zurückgekehrt waren, ferner um solche, die ihre ausländische Staatsangehörigkeit verloren, aber die deutsche nicht erworben hatten.

Abg. Kunert (Unabh.) fragt, was der Reichskanzler angesichts der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der als Ausländer gemeldeten Personen allgemein nachzuprüfen, und im Mai 1917 ist eine nochmalige Nachprüfung angeordnet worden.

Oberst Marquardt: Staatslose, die sich im Deutschen Reich dauernd aufhalten, können nach dem Gesetz zum Heeresdienst herangezogen werden. Bei den Heranziehungen handelt es sich um geborene Deutsche, die ausgewandert waren und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, ohne eine andere zu erwerben, und die später nach Deutschland zurückgekehrt waren, ferner um solche, die ihre ausländische Staatsangehörigkeit verloren, aber die deutsche nicht erworben hatten.

Bevölkerung dahin aufklären sollen, daß die zur Bierbereitung noch gebrauchten Gerstenmengen unerheblich seien und daß das Bier nicht nur ein Genussmittel, sondern auch ein Nahrungsmittel sei.

Ministerialdirektor Lewald: Die Anfrage ist gestern Abend eingegangen. Es ist daher ausgeschlossen, bis heute vormittag die erforderlichen Ermittlungen abzuschließen. Ich bitte, in derartigen Fällen, wo Ermittlungen nötig sind, den Reichsbehörden die erforderliche Zeit zu lassen.

Präsident Dr. Kaempf: Die Anfragen gehen jetzt in ungeordneter Menge ein, und es ist unmöglich, sie vom Mittwoch Abend bis Freitag mittag rechtzeitig zu erledigen. Ich glaube daher im Sinne des Reichstags zu handeln, wenn ich festsetze, daß die Anfragen bis zum Dienstag resp. Freitag um 11 Uhr mittags eingereicht sein müssen, wenn sie an dem darauffolgenden Anfragesitag zur Beantwortung kommen sollen.

Es folgt die dritte Beratung der Vorlage der Kriegskredite. (Der Reichskanzler erscheint im Saal.) Die Kriegskredite werden ohne Debatte gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten bewilligt.

Abg. Ebert (Soz.) beantragt, die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte abzusehen und den Entwurf an die Kommission zurückzugeben, da noch neue Anträge in Vorbereitung sind.

Abg. Stresemann (natl.) und Abg. Schiele (konf.) bitten um sofortige Verabschiedung der wichtigsten Vorlage.

Abg. Henke (Unabh.), Abg. Mayer-Kaufmann (Zentr.) und Abg. Waldheim (Sp.) schließen sich dem Abg. Ebert an.

Die Vorlage wird an die Kommission für Handel und Gewerbe zurückverwiesen.

Auf Antrag des Abg. Doormann (Sp.) wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Fürsorge für die Kriegsgefangenen noch auf die Tagesordnung gesetzt, und das Gesetz wird in zweiter und zugleich auch in dritter Lesung in der von der Kommission beschlossenen Fassung debattelos angenommen.

Präsident Dr. Kaempf: Wir sind damit am Schluß unserer Tagesordnung. Ein kurzer, aber bedeutungsvoller Tagungsabschnitt liegt hinter uns. Zur Bestimmung seiner Geschicke hat das deutsche Volk und die Volksvertretung ihr gewichtiges Wort in die Waagschale geworfen, bereit, ihr alles einzusetzen in den Kämpfen auf den Schlachtfeldern, in der Heimat, für Leben, Glück und Zukunft des Vaterlandes.

Während unser Kaiser und seine Verbündeten am 12. Dezember 1916 den Feinden hochherzig die Friedenshand entgegenstreckten, bekräftigt jetzt die Volksvertretung ihren Willen zu einem Frieden, der uns gegen sämtliche Angriffe sichert und der die höchsten Güter der Nation, Unabhängigkeit, Freiheit und ungehinderte wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet.

Mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit sind von Reichstag die Kriegskredite im Betrage von 15 Milliarden Mark genehmigt worden. Wenn diesem Beschluß Beratungen mit lebhaften Gegenjahren vorausgegangen sind, so beruhen diese Gegenjahren auf der verschiedenen Beurteilung der Mittel, die dem Vaterlande am meisten nützlich sind.

Der wahre Grund der Gegenjahren ist, wie wir gesehen haben, die Vaterlandsliebe aller. (Bravo.) Dies Bewußtsein ist für das In- und Ausland darum so wichtig, weil sich daraus der unerklärliche Entschluß aller ergibt, das Vaterland und unsere Zukunft mit der Schärfe des Schwertes bis zum großen Tage zu verteidigen, an dem der Feind zu einem gerechten, unsere Lebensinteressen stützenden Frieden bereit ist.

Wäge diese Einstimmigkeit der Nation das Wahrscheinliche sein, unter dem wir diesem glücklichen, von uns allen ersehnten Ziele zusteuern. Gott schütze Kaiser, Volk und Vaterland. (Lebhafter Beifall.)

Ich schlage Ihnen vor, daß wir uns nun für längere Zeit verabsagen. Es geschieht das auch im Einvernehmen mit der Reichsleitung. Ich schlage vor, daß wir die nächste Sitzung halten am Mittwoch, den 26. September, nachmittags 3 Uhr, und bitte, mich zu ermächtigen, die Tagesordnung selbst festzusetzen und evtl. den Reichstag auch früher einzuberufen, falls besondere Verhältnisse das notwendig machen.

Abg. Lebebour (Unabh.): Wir können uns mit diesem Vorschlag des Präsidenten nicht einverstanden erklären. In dieser für Deutschland und die ganze Welt kritischen Zeit dürfte sich der Reichstag nicht auf länger als zwei Monate verabsagen. Ihre Erwartungen sind ja auch nicht erfüllt worden durch die Ausführungen des Reichskanzlers und die Rede, mit der er in sein Amt gekommen ist.

Während der zweimonatigen Verabsagung werden sicher mit den namentlichen Kamarillamethoden die weiteren Ministerernennungen unter Mitwirkung von allerhand unverantwortlichen Spouletenträgern im jugendlichen und reiferen Alter (Heiterkeit) erfolgen. Wir halten es daher für notwendig, daß der Reichstag die Rechte, auf denen er nun wochenlang herumgepöcht hat, gegenüber dieser unverantwortlichen Reichsregierung (Heiterkeit bei den Unabh.) wahrnimmt und darauf besteht, noch im Laufe der nächsten Woche Gelegenheit zu erhalten, Einfluß auszuüben auf die Reuebefehle der Ministerstellen, wenn es der Regierung Ernst ist, ein geübliches Zusammenwirken mit dem Reichstag herbeizuführen.

Präsident Dr. Kaempf: Sie dürfen der Regierung nicht vorwerfen, daß sie ihre Worte nicht Ernst nimmt. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Der Vorschlag des Präsidenten wird hierauf gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Der Präsident entläßt die Abgeordneten mit dem Wunsche: Glückliche Heimreise und gesundes Wiedersehen in hoffentlich besseren Zeiten! Schluß 11 Uhr.

Der Parteitag in Würzburg

laute das Thema, über das Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt in einer am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung des 6. Würzburger Reichstagswahlkreises sprach.

Rebner leitete seinen Vortrag mit dem Hinweis ein, daß auf dem kommenden Parteitag alle jene Fragen würden erörtert werden, die zurzeit und während des Krieges im Vordergrund stehen. Die Situation, die wir beim Kriegsausbruch voranden war so, daß wir auch von unserem Standpunkte aus die Kredite bewilligen mußten, und eine große Anzahl von denen, die heute zur Opposition stehen, war damit einverstanden.

Die deutsche Sozialdemokratie hat auf den internationalen Kongressen immer gesagt, daß, wenn es einmal so weit komme, alle die von den romanischen Völkern vorgeschlagenen Mittel nicht für uns geeignet seien, und der Krieg hat gezeigt, daß auch dort gar nicht der Versuch gemacht wurde, sie selbst anzuwenden.

Die deutsche Parteifraktion hat von Anfang an jede Absicht einer Eroberung bekämpft und war schon vor Ausbruch des Krieges wie auch nachher bemüht, eine Verständigung mit den Genossen der feindlichen Länder herbeizuführen. Aber alles, was von unserer Seite aus unternommen wurde, erklärte man dort für Komödie.

Wir mußten sogar erleben, daß in Rußland Kerenski, der stets aufs Schärfste gegen den Krieg aufgetreten ist, nun, da er an verantwortlicher Stelle steht und sein Land einen ehrenvollen Frieden haben könnte, an die Front geht und die russischen Soldaten von neuem gegen uns aufreißt, sogar unter Anwendung von Sägen. Man sieht hieraus, wie sehr Rußland unter der Regie der Entente, besonders aber Englands, steht.

Die Kriegslage ist also verwickelter denn je und es ist auch gar kein Ausblick vorhanden. Wir haben es wenigstens erreicht, daß unsere Regierung Bässe ins Ausland ausschickte, in den demokratischen Ländern werden sie verweigert. Und die wollen uns Demokratie bringen! Wir danken. Was wir brauchen, erringen wir uns selbst. Und was wir bewilligen, bewilligen wir dem Lande, nicht der Regierung.

Wir haben nun einen neuen Vorstoß gemacht zum Frieden. Die Resolution der Mehrheit ist angenommen, und das bedeutet einen Fortschritt, den man allerdings nicht überschätzen darf. Noch vor zwei Monaten hätten wir eine Mehrheit dafür nicht erhalten. Die Haltung der Regierung in der Manzerfrage entspricht dem Geist der Resolution. Dagegen kommt alles Getöse der Unabhängigen nicht auf. Wenn ich Frieden mit Zustimmung der jeweiligen Regierung bekommen kann, so bin ich heifrig und nehme ihn. Was die innerpolitische Lage betrifft, so hat es sich gezeigt, daß die Partei namentlich stärkeren Einfluß hat, und die nächsten Wahlen werden unter dem neuen Wahlrecht stattfinden. Das ist immerhin ein Erfolg. Das parlamentarische Regiment werden wir durch energisches Auftreten des Reichstages eher erreichen als durch geschickliche Bestimmungen. Das wichtigste ist jetzt jedenfalls der Friede und betrübend nur, daß eine Gruppe Sozialisten die Friedensaktion nicht unterstützte, bloß um sie herabzusetzen. Wir dürfen mit Genugtuung konstatieren, daß wir alles getan haben, was möglich war, während die andere Gruppe und die Hilfe verweigerte aus Fanatismus. Der Parteitag wird Arbeit schaffen. Eine kleine Gruppe wird ja wohl ihren eigenen Weg gehen, aber sie wird ohnmächtig sein und im Sande verlaufen. Die anderen werden sich wieder zusammenschließen.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit offener Zustimmung aufgenommen. In der Diskussion kritisierte Scholz die Schriften von Danisch, Fendrich usw., auch daß drei sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in Gemeinschaft mit dem Grafen Westarp einen Aufruf in der Kriegsvereinstage erlassen hätten, der nicht unserer Auffassung entspräche, und weiterhin, daß Genosse David zum Kronprinzen gegangen sei. Er verlange für den Delegierten ein gebundenes Mandat. Dr. Fischer erklärte sich mit dem Referat einverstanden und bekämpfte den Antrag betreffs des gebundenen Mandats. Besser wäre es freilich gewesen, wenn einzelne Genossen während des Krieges ihre Feder hätten einwirken lassen. Viel Unheil wäre unterblieben. Jetzt heiße es, wieder aufbauen und zu werden. Nachdem nach Reumann und Krämer gesprochen hatten, die beide die gebundenen Mandate ablehnten, nahm Genosse Schmidt noch das Wort zu einigen Schlussbemerkungen, indem er besonders erwähnte, tolerant zu sein. Wenn der Kronprinz unsere Meinung hören will, warum sollen wir sie ihm nicht sagen? (Zuruf: Rebel wäre nicht gegangen!) Der ist auch nicht eingeladen worden. Er sage noch einmal: Mehr Publizität anderen gegenüber! — Ein Antrag Scholz wird gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Hierauf wurde als Delegierter zum Parteitag Franz einmütig gewählt, als Stellvertreter Reich. Mit der Aufforderung, für die Partei und den Vorwärts zu werden, schloß Genosse Kürnberrg die Versammlung.

Groß-Berlin

Ferienstättchen im Osten Berlins.

Wartenberg, Hohenhühnen-Sommerstraße und Nischenberg-Rödestraße (Nentes Volksgarten) sind die Ferienstättchen der Stadt Berlin, im Osten, vor dem Landsberger Tor gelegen. Zu ihnen zieht die Schuljugend in den großen Ferien von den Sammelplätzen in der Stadt unter Führung von bewährten Spielstern und -leiterinnen an den Wochentagen des Morgens hinaus, um auf den herrlichen, großen Plätzen sich an fröhlichem Spiel zu erfreuen und Erholung zu suchen. In langen Jüngen ziehen sie, froh und heiter, unter lustigem Geplauder oder hellem Gesang dahin. Drohe Erwartung, jugendliche Lust spricht aus ihren Augen.

Der nächste Platz ist der in der Rödestraße, von früheren Jahren her Alt und Jung bekannt als eines der besuchtesten Gartenlokale des Ostens, jetzt durch den Krieg stillgelegt; ein herrlicher, dichtblaublauer Garten mit seinem Spielplatz und großen Hallen, vor den sengenden Strahlen der Sonne, und den Unbilden der Bitterung ausreichend Schutz gewährend.

Der zweite, etwas entferntere liegende Platz ist der in Hohenhühnen, an der Sommerstraße. Ein rötlicher, ebener Rasenplatz, zur Aufnahme von Tausenden geeignet, mit Unterkunftsstellen versehen, ist er für Anabenspiele besonders geeignet. Beide Plätze sind zu Fuß leicht zu erreichen. Fahrgeleitsgaben also nicht erforderlich. Die Verpflegung ist auf allen Plätzen frei.

Der dritte, älteste und bekannteste Platz liegt auf dem Gelände des jüdischen Gutes Wartenberg. In diesem wurden die Kinder in früheren Jahren mit der Straßenbahn bis zur Endhaltestelle Hohenhühnen hinausbefördert, und sie marschierten dann in etwa einer Viertelstunde zum Platz. In diesem Jahre erklärte sich die „Große Berliner“ außerstande, die Beförderung zu übernehmen. So müssen denn die Kinder mit der Eisenbahn vom Schlesischen Bahnhof (Wriezener Bahnsteig) nach Marzahn befördert werden. Von hier aus marschieren sie durch grüne Gemüseländereien zum Ziele. Eine neue, große Halle bietet ihnen hier an Regentagen Schutz. Wegen sengender Sonnenstrahlen finden die Kleinen in einem Eichenwäldchen Schatten und Kühle. Nur zum Besuch dieses Platzes ist ein geringes Fahrgeleit mitzubringen, das bei Teilnahme von mehreren Kindern einer Familie ermäßigt, oder auch erlassen werden kann.

Für die Kinder von Kriegsteilnehmern und anderen bedürftigen Eltern werden Freizeiten ausgeschrieben. Für Verpflegung ist auf allen Plätzen ausreichend georgt. Moegens erhalten die Kinder warmen, gesüßten Tee, mittags eine gute Suppe, nachmittags Brot und Kaffee mit Milch. Nach dem Frühstück beginnen die Spiele unter Aufsicht und liebevoller Leitung, an denen die Kinder je nach Lust und Reigung sich beteiligen können. Viele vergnügen sich auf ihre eigene Weise. Aus mitgebrachten Stangen und Dedern werden Zelte erbaut. Das beliebte Trapper- und Indianerspiel findet unter den Anaben immer großen Anklang und Zulauf. Andere nehmen, nur notdürftig bekleidet, Sonnenbäder. Den ständigen Besuchern steht man die Wirkung der Sonnenbestrahlung und der frischen Luft bald an. Braun wie Kaffee-Ersatz, heben sie sich von der großen Menge wirkungsvoll ab.

Erschallt das Signal zum Mittagessen, so strömen die Kinder von allen Seiten des großen Platzes zusammen, mit Töpfen, Bechern und Schüsseln. Nach Sammelplätzen geordnet, treten sie an. Bald ist die Suppe verteilt und gegessen. Geschmeckt hat sie allen. Frische Luft und Bewegung machen Appetit, und viele kommen zurück, um sich ihre Rapschen noch einmal füllen zu lassen. So lange der Vortritt reicht, wird diesem Verlangen bereitwillig entsprochen. Nun tritt die Mittagspause ein. Nach dieser folgt wieder einige Zeit fröhlichem Spiel, dann Kaffee und Brotausgabe. Die beliebten Schrippen werden in diesem Jahre sehr vermehrt.

Gegen sechs Uhr treten die Kinder in der Ordnung wie am Morgen zum Heimgang bzw. zur Heimfahrt an, und fröhlich geht es mit Gesang zu den Sammelplätzen zurück. Kommen sie auch müde nach Hause, so doch an Körper und Geist gekräftigt. Daß es ihnen gefallen hat, sieht man an den leuchtenden Augen und hört man aus dem begeisterten Abschiedsruf: „Auf Wiedersehen, morgen früh!“ Allen Eltern ist nur zu rathen, ihre Kinder an diesen Ferienstättchen teilnehmen und von dieser schönen Einrichtung gewinnen zu lassen.

W. M.

Ferienreise für Arbeiterkinder.

An einer vierwöchigen Ferienreise von Kindern organisierter Arbeiter können sich auch eine Anzahl Berliner Kinder beteiligen. Den Eltern erwachsen keinerlei Ankosten und die Kinder werden von geprüften Lehrpersonen und Kindergartenmännern begleitet. Für eine ausgezeichnete Verpflegung ist gesorgt. In Frage kommen nur Kinder von 8-14 Jahren, deren Vater gefallen oder eingezogen ist und aus seinem zivilen Arbeitsverhältnis keinerlei Bezüge mehr er-

hält, also Kinder aus ganz besonders leidenden Familien organisierter Arbeiter. Die Anmeldung muß noch heute, Sonnabend, bis spätestens 6 Uhr oder Sonntag von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags im Bureau Lindenstr. 114, 2 Treppen rechts (gegenüber dem „Vorwärts“-Gebäude) erfolgen.

Zurechnung von Nahrungsmitteln auf die Volksspeisung?

Die schon mehrfach erörterte Frage der Anrechnung von Nahrungsmitteln bei Teilnahme an der Massenpeisung wird den Arbeitsausschuss der Preisprüfstelle für Groß-Berlin in seiner Sitzung am 23. d. M. erneut beschäftigt. Es soll den Teilnehmern an der Massenpeisung nur die Hälfte der Nahrungsmittel zugebilligt werden, die den nicht an der Massenpeisung Teilnehmenden gewährt werden, und auf die Lebensmittelkarte jeweils zur Ausgabe gelangende Nahrungsmittel sollen je zur Hälfte auf zwei Abschnitte der Karte abgegeben werden.

Wir widersprechen einer solchen Absicht aufs Lebhafteste. Eine solche Anordnung würde mit Recht große Verstimmung bei den Teilnehmern an den Volksspeisungen hervorrufen und den geringermittelten das „Durchhalten“ noch schwerer machen als bisher. Will man das Prinzip der Rationierung so bis ins Kleine durchführen, dann muß man vorher die mancherlei Lebensmittel, die sich der Wohlhabende außerhalb der Rationierung erwerben kann, dem freien Verkehr entziehen und dem Kartenzwang nebst einer Preisregelung unterwerfen. Die beabsichtigte Neuerung würde eine Verlesung des Ernährungsstandes der bisherigen Teilnehmer an den Volksspeisungen bedeuten; und wir möchten, daß der wahrlich dürftig genug wäre.

Berliner Lebensmittel.

Die Einfuhr der Frühkartoffeln hat auch in der laufenden Woche noch nicht die erhoffte Steigerung erfahren. Uebereinstimmend wird aus den Lieferungskreisen mitgeteilt, daß infolge der Dürre die Frühkartoffeln noch zu sehr im Wachstum zurückgeblieben sind. Für die kommende Woche haben nun zwar verschiedene Lieferungskreise zugesagt, mit den Frühkartoffellieferungen nach Berlin zu beginnen, so daß es möglich sein dürfte, im Laufe der nächsten Woche schon etwas mehr Kartoffeln zu verteilen. Die Durchführung einer verstärkten Verteilung hängt jedoch davon ab, ob die Lieferungskreise ihre Zusagen einhalten werden.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats Berlin enthält auf Abschnitt Nr. 92 der Lebensmittelkarte je ein Pfund *Warme Lade* Sorte II. Der Abschnitt ist nur in den durch das bekannte Aushängeschild gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbcheinigung abzugeben und zwar am 23., 24. oder 25. Juli 1917. Die Kleinhändlerhöchstpreise betragen für Sorte II

Gruppe I (Erdbeer-Apfel, Himbeer-Apfel, Aprikosen-Apfel) 1 M. II (Stachelbeer-Apfel, Johannisbeer-Apfel, Heidelbeer-Apfel, Kirsch-Apfel) 0,65 M. III (Pflaumen-Apfel) 0,64 M. — Der Verkauf der Ware erfolgt dann innerhalb der üblichen Frist.

Da infolge der geringen Zufuhren noch nicht sämtliche Eierkartenthaber in den Besitz der ihnen auf Abschnitt 27 der Eierkarte zustehenden Eier gelangen konnten, ist die Geltungsdauer des Abschnitts 27 bis zum 29. Juli verlängert worden.

Höchstpreise für Obst und Gemüse.

Auf Grund der Beschlüsse der unabhängigen Preiskommissionen werden für das Gebiet der staatlichen Verteilungsstelle Groß-Berlin folgende Höchstpreise festgesetzt.

Höchstpreise für:	Erzeuger	Großhändler	Kleinhändler
Walderdbeeren	1,50	1,80	2,10
Johannisbeeren	0,50	0,60	0,80
Stachelbeeren	0,85	0,42	0,56
Himbeeren	0,80	0,96	1,28
Breihimbeeren	0,55	0,66	0,88
Blaubeeren	0,40	0,52	0,65
Preiselbeeren	0,45	0,58	0,70
Kirschen (sauer)	0,25	0,45	0,55
(süß, große)	0,40	0,52	0,65
Glasirten u. Schotenmorellen	0,60	0,72	0,90
Kaharber	0,10	0,12	0,15
Erbsen (Schoten)	0,40	0,48	0,60
Bohnen (Stangen u. Buschb.)	0,50	0,65	0,80
Sachs- und Perlbohnen	0,60	0,78	0,95
Gartenmäßig gezogene Puff- und Saubohnen	0,30	0,36	0,45
Möhren u. lg. Karotten m. Kraut	0,25	0,32	0,40
Möhren u. lg. Karott. ohne Kraut	0,35	0,45	0,55
Möhren und lange Karotten			
Schodband (60 Stk.) im Durchschnittsgewicht von etwa 5 Pfd.	1,25	1,60	2,—
dito Mandel	—	0,40	0,50
Marillen ohne Kraut	0,12	0,15	0,20
dito mit Kraut	0,06	0,08	0,10
Karotten, runde kleine, m. Kraut	0,80	0,89	0,48
Karotten Schodband (60 Stk.) im Durchschnittsgew. v. etwa 5 Pfd.	1,50	1,95	2,40
dito Mandel	—	0,50	0,60
Kohlrabi Pfund	0,25	0,30	0,38
dito Mandel	1,25	1,50	1,90
Spinat	0,30	0,36	0,45
Frühweibeln ohne Kraut	0,22	0,28	0,33
Frühweibeln, Weiß- und Rotkohl, geschlossene Ware	0,25	0,32	0,40
dito, nicht geschlossene Ware	0,18	0,25	0,30

Sämtliche Preise verstehen sich für das Pfund, soweit nicht vorstehend eine Berechnung nach Stück besonders angegeben ist. Die Groß- und Kleinhändlerhöchstpreise haben Geltung für alle Waren, auch für diejenigen, die aus anderen inländischen Erzeugergebieten herrühren. Ueberreitungen der festgesetzten Höchstpreise werden auf Grund des Gesetzes über die Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft. Die Großhändler setzen sich außerdem der Befehle der sofortigen Konfiszierungszustellung, die Kleinhändler der Entziehung ihrer Kaufberechtigungskarte aus.

Die obigen Höchstpreise treten mit dem 23. Juli 1917 in Kraft und mit dem Ablauf des 31. Juli 1917 außer Kraft. Bis zum Ablauf des 22. Juli 1917 gelten die Höchstpreise der Verordnung vom 6. Juli 1917. Alle anderen Verordnungen über Höchstpreise für Gemüse und Obst treten sofort außer Kraft.

Gemüse und Obst.

Es wird uns geschrieben: Fortgesetzt bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst einlaufende Anfragen lassen erkennen, daß die vom Magistrat in Berlin in die Presse gebrachte Nachricht, er sei durch die Reichsstelle zum Erlaß eines Ausfuhrverbotes angezogen worden, werde dieser Anregung aber nicht entsprechen, allgem. mißverstanden worden ist. Die Reichsstelle läßt unter keinen Umständen für Gemüse Ausfuhrverbote zu, welcher Art sie auch sein mögen. Wenn aber eine Stadtverwaltung Gemüse und Obst, das von außerhalb in ihr Gebiet für den Frischverbrauch der Bevölkerung herbeigeführt wird, unter Kontrolle nimmt und Maßnahmen dahin trifft, daß die Ware nicht durch gewissenlose Schiebungen wieder hinausbefördert wird, so kann sie unbedingt auf die Unterstützung der Reichsstelle rechnen. Im Ausfuhrverbote im eigentlichen Sinne des Wortes darf es sich dabei nicht handeln, wie der Vorsitzende der Reichsstelle dem Magistratsvertreter ausführlich dargelegt hat.

Obwohl es nicht in den Aufgabenkreis der Reichsstelle fällt, für einzelne Städte inländische Ware anzukaufen, hat sie neuerdings große Aufkäufe für die Berliner Bevölkerung im Westen und Süden Deutschlands ausgeführt. Die Reichsstelle wird hierin fort-

fahren, bis die Stadt Berlin in der Lage ist, diese Aufgabe zusammen mit dem Berliner Großhandel selbst durchzuführen. Solange hat die Reichsstelle ein lebhaftes Interesse daran, daß das von ihr nach Berlin gebrachte Gemüse und Obst auch wirklich dort bleibt und den bedürftigen Kreisen zugeführt wird. Sollte hierfür auch nach Inkrafttreten der vom Magistrat beschlossenen Neuregelung des Verkehrs mit Gemüse und Obst keine hinreichende Gewähr geboten sein, so wird die Reichsstelle ihre Anregung auf bessere Kontrolle und Verteilung der nach Berlin eingeführten Ware wiederholen.

Ueber Wucher mit Wienhonig sagt auch der Reichsverband deutscher Feinkost-Kaufleute E. B. Dem Verbande gehen in letzter Zeit aus Mitgliedertreiben mehrfach Mitteilungen zu, daß trotz der Festsetzung von Höchstpreisen für Wienhonig den Geschäften von den Erzeugern Wienhonig zum Preise von 4,75 M. bis 5 M. das Pfund angeboten werden. Die Erzeugerhöchstpreise betragen für besten Honig bekanntlich 2,75 M. und die Kleinhändlerhöchstpreise 3,50 M. das Pfund.

Der bestrafte Schlächtermeister. Das Kriegswucheramt hat dem Schlächtermeister Paul Müller, Berlin, Pötkerstr. 19, den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere mit Fleisch- und Fleischwaren, wegen Unzuverlässigkeit in bezug auf diesen Handelsbetrieb unterlagert, weil er bei dem ihm durch den Magistrat übertragenen städtischen Fleischverkauf fortgesetzt Schindelfest unter Ueberziehung der Höchstpreise als Mädelnseite verkaufte hatte. Vor Gericht erhielt Müller eine Geldstrafe von 3000 M., und er hat nun sein Geschäft schließen müssen.

Großfeuer kam in dem Grundstück Schießische Straße Nr. 32, Ecke der Lubritzerstraße, zum Ausbruch. Als die 2. Kompanie an der Brandstelle erschien, stand bereits die Fabrik von Max Matthäy u. Comp., G. m. b. H. für Präzisions- und Massenartikel, zum großen Teil in Flammen. Das Personal hatte sich in Sicherheit gebracht. Es gelang schließlich nach mehrstündiger Beschäftigung, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Betrieb der Fabrik soll nach Möglichkeit fortgeführt werden.

Tödlicher Sturz aus dem dritten Stockwerk. Rentier Heinrich Köhender, der Gründer und ehemalige Inhaber der bekannten Berliner Konfitürengroßfirma, L. Köhender, stürzte aus seiner im dritten Stock, Kochenburger Str. 16, belegenen Wohnung. Der fast 70jährige Mann blieb zerstückelt auf dem Strophenpflaster liegen und war sofort tot. Ob Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, hat sich bisher nicht feststellen lassen.

Leichensund im Müggelsee. Aus dem Müggelsee wurde in der Nähe von Friedrichshagen eine weibliche Leiche gefischt, die schon einige Zeit im Wasser gelegen haben muß. Die Leiche war vollständig angekellet, irgendwelche Verletzungen waren nicht wahrnehmbar. Die Persönlichkeit der Toten konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Ein gefährlicher Brand entstand nachts in der Romintener Straße 23, angeblich aus Unvorsichtigkeit. Dort brannten bei Anbruch der Feuerwehre Risten und Packmaterial im Erdgeschoß des dritten Luergebäudes in solcher Ausdehnung, daß kräftig Wasser gegeben werden mußte. Es gelang, die Gefahr für den ausgedehnten Betrieb auf das Erdgeschoß zu beschränken.

Neußeln. Die Ausgabe des J u d e r s, der der Stadtgemeinde Neußeln zur Verteilung für die häusliche Obstwertung zur Verfügung gestellt worden ist, erfolgt vom 25. d. Mts. ab. Der Juder wird von den Geschäften abgegeben, bei denen der gewöhnliche Verbrauchsbedarf bezogen wird, und zwar beträgt die Menge 2 1/2 Pfund für den Kopf. Bei dem Bezuge ist neben der Juderkarte die Neußelner Lebensmittelkarte vorzulegen, von der der Abschnitt 37 vom Kleinhändler abzutrennen ist.

Spandau. Lebensmittel. Am 20. Juli hat der Verkauf der städtischen Butter auf Butterabschnitt III der Speisezettelformen begonnen. Auf jeden Abschnitt werden 50 Gramm zum Preise von 44 Pf. verabreicht. Mit Ablauf des 25. Juli verliert Feld III seine Gültigkeit. Die für die Haushaltungen der Wilhelmstadt und Klosterfelde ausgegebenen Bezugsscheine über Einmache-J u d e r können in den Geschäften dieser Stadtteile eingelöst werden. In den übrigen Stadtteilen erfolgt die Ausgabe des Einmache-J u d e r bestimmt im Laufe der nächsten Woche.

— Volkshäckeri und Lesehalle müssen wegen Durchbrucharbeiten bis auf weiteres geschlossen werden. Hässige Wäcker-vorbestellungen behalten ihre Gültigkeit bis zum Ablauf des vierten Tages nach Wiederaufnahme der Wäckerausleitungen.

Schöneberg. Lebensmittel. Da in der vorigen Woche vielfach die Voranmeldung zum Bezuge von Nahrungsmitteln versäumt worden ist, macht der Magistrat ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Voranmeldung in der Regel jede Woche von Sonnabend bis Dienstag zu bewirken ist. Bis zum nächsten Dienstag findet Voranmeldung statt für 200 Gramm Grape und 200 Gramm Suppen. Mit Rücksicht auf die Kartoffelnot werden außerdem in der nächsten Woche von Mittwoch ab 1/2 Pfund Grieß und 1/4 Pfund Hafer-n ä h r m i t t e l für jeden Einwohner ausgegeben und zwar diesmal ohne Voranmeldung, um die Ausgabe zu beschleunigen. Das Nähere ist aus den Anschlägen an den Säulen und in allen mit dem Verkauf beauftragten Geschäften ersichtlich.

Zehlendorf. Auf wiederholte Beschwerden über das Essen in der Kriegsküche antwortet der Gemeindevorstand: Die Verwaltung der Kriegsküche teilt uns mit, daß sie infolge der gegenwärtig bestehenden außerordentlichen Schwierigkeiten auf dem Nahrungsmittelmarkt nicht in der Lage sei, besseres Essen zu liefern. Wir müssen bestätigen, daß die Heranschaffung von Lebensmitteln sogar für Massenpeisungen mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist. Alle Personen, die in der Lage sind, sich ihr Essen selbst herzustellen, werden gebeten, die Kriegsküche nicht weiter in Anspruch zu nehmen, da seit Wochen zahlreiche Neuanmeldungen vorliegen, die bisher noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Lichtenberg. Von Montag, den 23. Juli, ab können in der städtischen Verkaufshalle, Kronprinzenstraße, 85 Gramm Tilfiter Käse zum Preise von 35 Pf. ohne vorherige Anmeldung gegen Abtrennung der drei gleichlautenden Abschnitte 68E der Lebensmittelkarte abgegeben und entnommen werden. Die Verteilung auf die einzelnen Lebensmittelkarten wird durch Auszug in der Verkaufshalle bekanntgegeben.

Treptow. Lebensmittel. In der kommenden Woche gelangen zur Verteilung: 1600 Gramm Brot, 2 Pfund Kartoffeln, als Erlös für die fehlenden 600 Gramm Gebäck, 500 Gramm Fleisch, Zettelmenge wird durch Auszug in den betreffenden Geschäften bekanntgegeben. Nicht nach den Bestimmungen der Zettelle Groß-Berlin, zwei Eier für werdende und stillende Mütter, 125 Gramm Leigwaren auf Abschnitt 37 der Lebensmittelbezugs-karte, 250 Gramm lose Suppen und drei Krautbrühwürfel auf Abschnitt 38 der Lebensmittelkarte, 125 Gramm Grieß auf Abschnitt 7 der Lebensmittelkarte für Jugendliche, 200 Gramm Schokoladenpulver auf Abschnitt I der Lebensmittelbezugs-karte für Personen über 65 Jahre. Ferner ohne jede Einschränkung Dörrengemüse, Paprika, Fleischspeise und Räucherwaren, Fischmarinaden, Wäckerkäse und Streichhölzer.

Niederschöneweide. Damit an Kohlen gespart wird, hat der Landrat des Kreises Teltow für Niederschöneweide eine Gasperre festgelegt. Danach darf in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 5 Uhr morgens Gas nicht verbraucht werden.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Heute gelangen auf Abschnitt I der Eierkarte je zwei Eier zum Preise von 34 Pf. das

Stück, ferner auf Abschnitt V der Lebensmittelkarte je 350 Gramm N a g g i - S u p p e n zum Preise von 46 Pf. zur Verteilung. — Grüne Gurken sind bei dem Händler Rurze, Friedrichstr. 128, erhältlich. — Neue Kartoffeln werden auf Abschnitt Z der Lebensmittelkarte und einen Kartoffelabschnitt der Woche vom 23. bis 29. Juli je 1/2 Pfund bei den Händlern Boudhof, Friedrichstr. 75, und Schwegl, Friedrichstr. 61, abgegeben.

Kowawes. In der Woche vom 23. bis 29. Juli soll auf den Kartenabschnitt 37 der grünen Lebensmittelkarte Sirup zur Ausgabe gelangen. Der Kartenabschnitt muß bis spätestens heute (Sonnabend) bei dem Kleinhändler abgegeben werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin IV. In der am 19. Juli abgehaltenen, gut besuchten Generalsammlung besprach Genosse Klingler die Aufgaben des Bürburger Parteitag. An den Vortag schloß sich eine anregende Diskussion. Auf Antrag des Genossen Hugo Pochsch wurde beschlossen, dem Parteitag folgenden Antrag zu unterbreiten:

Das Vorgehen der Reichstagsfraktion auf dem Gebiete der inneren Politik ist folgerichtig weiterzuführen und mit allen parlamentarischen Mitteln weiter zu verfolgen, bis das parlamentarische Regierungssystem im Reich und den Bundesstaaten restlos erreicht ist. Es genügt aber nicht, die zu schaffende Demokratisierung Deutschlands aus theoretischen Erwägungen heraus anzustreben, sondern die neue politische Lage muß auch in der parlamentarischen Praxis im Interesse des Proletariats, zum Velle des deutschen Volkes überhaupt ausgenützt werden. Die größte Partei Deutschlands kann es nicht länger ablehnen, einen Teil der Verantwortung für die Staatsgeschäfte und die Führung der Reichspolitik zu übernehmen. Demzufolge wird beantragt, der Parteitag möge eine Resolution in Bezug auf die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung, das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien, die Budgetfrage usw. herbeiführen.

Als Delegierter zum Parteitag wurde Klingler, als Ersatzmann Schrader gewählt.

Die Generalsammlung beschäftigte sich weiter mit der Erhebung eines Extrabeitrages. Der Antrag des Vorstandes, einen monatlichen Extrabeitrag von 10 Pf. zu erheben, fand einstimmige Zustimmung. Dementprechend beträgt vom 1. August ab der monatliche Beitrag für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche 30 Pf.

Sozialdemokratischer Verein für Teltow-Beetzow. Sonntag, den 22. Juli, vormittags 9 Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41, Ordentliche Jahres-Generalsammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Stellungnahme zum Parteitag. 4. Wahl der Delegierten. — Zutritt haben nur die mit Mandat versehenen Delegierten. Der Vorstand, J. A.: M. Groger.

Neußeln. Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Berliner Kindl-Brauerei, Hermannstr. 214 bis 219, findet an Stelle des Lesabends eine Frauenversammlung der weiblichen Vereinsmitglieder statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag der Genossin J u d e r über „Die Frau im Kriege“. Parteigenossen! Veranlaßt Eure Frauen und Töchter zum Besuch der Versammlung. Die „Vorwärts“-Leserinnen sind besonders eingeladen. Die Bezirksleitung, J. A.: Frau Scholz.

Kowawes. In einer aufgesuchten Frauenversammlung des Wahlvereins sprach Genossin Knecht über das Thema: „Die Frau im Kriege“. Sie richtete an die Anwesenden die dringende Bitte, schon jetzt dahin zu wirken, daß die verschiedenartigen Fürsorgeeinrichtungen auch nach dem Kriege erhalten bleiben. Dies könne man von Staat und Reich fordern, die dem Volke für die ungeheuren Opfer Dank schulden.

Weiterandachten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Nimmlich fällt, getheilte Beiter jedoch sehr veränderlich mit wiederholten, im östlichen Küstengebiet noch nieselig fortsetzt, in den anderen Gegenden geringen Niederschlägen.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin
Schaummachung.
Die zweite Abänderung unserer Kassensatzung ist mit dem 8. Juni 1917 vom Königl. Ober-Verwaltungsrat Groß-Berlin genehmigt und mit demselben Tage in Kraft getreten. Der Inhalt dieser Abänderung ist durch die Beschlüsse der 27., 28., 29. und 31. der Sitzung. Lieberall sind die Worte, welche die Zahlung einer bestimmten Anzahl von Beiträgen vorseht, gestrichen. 278/14

Ortskrankenkasse der Buchbinder u. verw. Gewerbe zu Berlin.
Schaummachung.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Vorstand beschlossen hat, den Mitgliedern, welche Anspruch auf Beiträge haben, die bisherige Krankenunterstützung vom Beginn der 4. Woche um 10 Proz. des Grundlohnes und vom Beginn der 9. Woche nochmals um 10 Proz., also 20 Proz. des Grundlohnes zu erhöhen. Dieser Antrag hat die Genehmigung der Aufsichtbehörde gefunden und tritt mit dem 29. Januar in Kraft. 278/15

Ortskrankenkasse der Buchbinder u. verw. Gewerbe zu Berlin.
Schaummachung.
Harm. Rhuda, Fr. Kossa, Buchbinder, Schriftführer.
Gr.-Gänselein per Stk. 4,25
Gänseleckenfleisch Pfd. 3,25
Gänseleulen per 3,50
Spizgans 10,00

Max Westheimer, Neue Jakobstr. 12. 29065
Tätowierungen
entfernt abends 7-8 1063
C. Weissert, Gerichstr. 74 II

Spezialarzt Dr. med. Coleman
f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Blinderkrankh., Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandl. schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. I. Hüttenstr. 1, Pöden im Harn usw. geganüb. Friedrichstr. 81, Panoptik. Königstr. 34-36, Friedrich. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Spezial-Arzt Dr. med. Hasche
Friedrichstr. 90 direkt am Stabthaus.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Blinderkrankh., Ehrlich-Hata-Kuren, (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung. Stadthaus. Königstr. 34-36, Alexandr. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 11-1.

Spezialarzt Dr. med. Coleman
für Haut-, Harn-, Frauenleiden nerv. Schwäche, Blinderkrankh., Ehrlich-Hata-Kuren. (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung. Stadthaus. Königstr. 34-36, Alexandr. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

Für Ostpreußen
tische Bettstellen, Kleiderkränze, Veritös, Sofas, Federbetten.
Weinstock, Neukölln, Knesebeckstr. 36. Tele. Anschlag 2126.
Möbel, Nachlässe, ganze Wirtschaften
kauft Böhme, Neukölln, Ringengrabenstr. 2.
Möbel jeder Art
sowie ganze Nachlässe
kauft höchstbillig Frosch, Neukölln, Steinmetzstr. 4.

Die Ernteausichten in dürren Sommern.

Von Dr. Richard Hennig (Friedenau).

Niemals in den letzten 100 Jahren waren Deutschlands Ernährungsmöglichkeiten so abhängig von der Gestaltung der Witterung, wie in diesem Jahre, niemals hat sich neben der ländlichen auch die städtische Bevölkerung in gleich hohem Maße für die Witterungsvorgänge und ihren Einfluß auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse interessiert.

Aus diesem Grunde ist es von erhöhter Wichtigkeit, an Hand alter Quellen den Zusammenhang zwischen Teuerung und Witterung nachzuspüren. Das trockenste Jahr, das jemals Mitteleuropa heimgesucht hat, dürfte das Jahr 1478 gewesen sein, das gleichzeitig ungemessen heiß war.

Ueberhaupt ist für jede Art landwirtschaftlichen Betriebes nicht erwünschter als ein heißer und dennoch gewissermaßen regenreicher Sommer. Das klassische Beispiel hierfür ist das Jahr 1688, von dem es heißt: „In Deutschland gab es viele Donnerwetter mit Regengüssen, sonst aber war der Sommer sehr durch Trockenheit ausgezeichnet.“

Die Beispiele liegen sich mehrere, das „trockene“ Sommer und Wohlfeilheit des Östern zusammenfallen. Ob der Sommer im übrigen heiß oder kühl ist, ist von geringerer Bedeutung. Das letztgenannte Jahr 1740 z. B., dessen Wohlfeilheit gerühmt wird, zeichnete sich durch einen beispiellos kalten, bis in den Mai währenden Winter und einen ungemessen kühlen Sommer aus, und doch scheint eine glückliche Verteilung der Niederschläge Anlaß zu einer reichlichen Ernte an Getreide und besonders an Obst gegeben zu haben.

Ausgesprochene Mitternächte, die Teuerung und Hungerdnot zur Folge hatten, sind stets in erster Linie an die feuchten Sommer gebunden gewesen. Die trockensten Sommer, wenn sie nur hier und da ein Gewitter mit sich bringen, können, wie obige Beispiele zeigen, volkwirtschaftlich ganz günstige Ergebnisse haben. Ob ein Sommer warm ist oder kühl, ist für das schließliche Endergebnis von noch weniger ausschlaggebender Bedeutung.

Sehr lehrreich ist zum Beispiel die Witterung des Sommers 1770 gewesen. Von ihr heißt es: „Kälte machte die Ernte mährten. . . Außerst selten waren im Sommer Donnerwetter, und wenn ja Donner gehört wurde, war er ganz schwach. Die Witterung in den sieben ersten Monaten überhaupt war weder kalt noch warm,

sondern unfeindlich, nah und kühl. Stürme, Regen und Ueberflutungen waren in diesem Jahre über alles Menschengebendes stark und wirkten besonders auch in Deutschland nachteilig auf das Gedröben der Cerealien.“ Die Folge des Mitternächtes war eine Teuerung, die auch 1771 noch nicht besser wurde. Schon damals sah man sich in Württemberg genötigt, Getreide aus Nordamerika einzuführen. Eine besonders merkwürdige Folge war ein sehr starker Rückgang der Geburten in Deutschland und der Schweiz, der bis 1772 anhielt. — Die größte Teuerung und Hungerdnot neuerer Zeit aber kühlte an das schlechte Wetter der Jahre 1815 und 1816 an. Schon 1815 herrschte, nach einem schönen Frühjahr, ein regenreicher und sehr kalter Sommer; der Juli z. B. war in Berlin so kalt, wie er es daselbst in 200 Jahren nie wieder gewesen ist.

Diese kurzen Darlegungen zeigen jedenfalls so viel, daß dürre Sommer im allgemeinen nicht so sehr zu fürchten sind wie nasse. Von der Heurnte abgesehen, für die die letzten Jahre vorzuziehen sind, fallen die Zeiten gänzlicher Mitternacht ungünstiger mit den verregneten Sommern als mit den dürren zusammen. So wird auch diesmal die Dürre zwar manchen Schaden anrichten, wird aber die Gesamternte niemals gefährlich benachteiligen können.

Angebliche Minderwertigkeit der Erstgeborenen.

Verschiedene wissenschaftliche Zeitschriften beschäftigten sich in jüngster Zeit mit der interessanten Frage, ob erstgeborene Kinder wirklich, wie vielfach behauptet wird, nicht selten durch besondere Neugeschäfte geistiger und körperlicher Minderwertigkeit ausfallen. In einer holländischen medizinischen Wochenschrift wird dieser Gegenstand nun gleichfalls behandelt, und wir entnehmen dem Artikel nachstehende Ausführungen: Was früher mit Bezug auf die aufgeworfene Frage untersucht worden ist, bezog sich im wesentlichen auf die Feststellung der „Anciennität“ einer Anzahl mehr oder minder berühmter Personen. So hat Walton festgestellt, daß in England die erstgeborenen Söhne im Beamtentum (vor allem in der Richterschaft) nicht halb soviel Karriere gemacht haben wie die spätergeborenen. Bekannt ist, daß viele berühmte Männer die jüngsten Kinder der elterlichen Familie waren: Cooper war das elfte, Holberg das zwölfte, Schubert das dreizehnte, Franklin das siebzehnte Kind; aber wenn wir wissen, daß Linné, Goethe, Johnson und eine Anzahl anderer berühmtesten Erstgeborene, Napoleon das zweite, Balzac das dritte Kind waren, werden wir zugeben müssen, daß den Ergebnissen dieser offenbar recht oberflächlichen Untersuchungen höchstens ein anekdotischer Wert zugesprochen werden kann.

was die Tuberkulose anbelangt, in ungünstiger Lage, und erst bei den vierten Kindern ist die Zahl der Praxis niedriger als die der Theorie. Auch über die Beziehungen zwischen Geburtennummer und Epilepsie liegen statistische Tabellen vor, und es soll wissenschaftlich festgestellt sein, daß auffallend viel Epileptiker zu den erstgeborenen Kindern gehören. Die vorliegende Frage ist ohne Zweifel aus sozialen Gründen von großer Bedeutung und Untersuchungen der gedachten Art könnten beispielsweise auch in öffentlichen Schulen vorgenommen werden, weil sich dann vielleicht feststellen ließe, warum gewisse Kinder auffallend unbegabt oder träge sind. In praktischer Hinsicht dürfte allerdings der Wert solcher Untersuchungen und Ergebnisse stets nur von sehr bedingtem Nutzen sein, denn schließlich wird nach wie vor jede Familie mit dem ersten Kind anfangen müssen!

Residenz-Theater: „Die Verhüllte“.

Das Stück, das einmal bereits vor Jahren in einer geschlossenen Soubrettenvorstellung erdient, wagte sich mit durchaus erstem Streben an ein Problem, dessen dramatische Ausgestaltung doch nur der stärksten künstlerischen Kraft gelingen könnte. Nur eine solche, nur die eindringendste Herausarbeitung feinsten Innerlichen vermag das hemmende Gefühl des Verhüllten dabei zu bannen. So hat Jöben in der Gelpenstragödie der Familie Atwing, wo die Geschlechtskrankheit, die der verstorbenen Kammerherrin sich holte, geheim und schleichend weiterkesselt, den frohen, jugendlich beströmten Schaffensdrang des Sohnes in grauenvoller geistiger Umnachtung auslöscht, auf diesem Hintergrund ein wunderbar erschütterndes und überquernd reiches Seelengemälde entworfen. Aber der Verfasser der Verhüllten quält und mit der Verzweiflung eines jungen Menschen, den das Bewußtsein seiner Krankheit schließlich in den Tod jagt, ohne daß in diesem Verhüllten ein Ausblick auf ein allgemeiner Bedeuftames und auf das Walten innerer Notwendigkeiten sich erschließen würde. In der Szenenführung stört allerhand dilettantisch ungläubwürdiges. Die von dem Kranken allen Jährlanten vererbte Gesellschafterin, die in einer von ihr halb erzwungenen Umarmung die Seuche auf den Studenten überträgt, bleibt völlig schattendhaft schematisch. Und was in novellistischer Form, die das weitverzweigte Geschlecht allmählicher Empfindungsübergänge leicht nachbilden kann, sich psychologisch überzeugend entwickeln ließe, erhält im szenischen Gefüge, das die Kontraste unvermittelt aneinander rückt, etwas Abruptes. Während er erst in richtiger Erkenntnis seiner Pflicht sich von dem Mädchen, das er liebt, trennen will, sieht man ihn plötzlich bann im nächsten Akte, als wäre nichts geschehen, um sie freien. Ja, er vertritt vor dem Bruder seiner Frau, der das Geheimnis kennt, alles zu leugnen. Herr Szalit, den man als Darsteller des halbwachsigen Gymnasialisten in Wildgans „Armut“ kennen lernte, bewies hier abermals seine große Kunst: Angst und Warten einer ruhlos hin und hergeworfenen jugendlichen Seele lebendig abzuwickeln, fand in dem Ausdruck einen Ton der Wahrheit, der das Gezüngene in den Voraussetzungen des Stückes zum Teil vergessen machte. Sehr anmutig und lieb war Fräulein Ebinger als ahnungslose junge Frau, warm und sympathisch Herr Erich Kaiser-Lig in der Gestalt des Bruders.

Notizen. — Treptow-Sternwarte. Der Röntgenfilm „Graf Dobna und seine Witwe“ mit erläuterndem Vortrag von Direktor Dr. Archenhold wird in dieser Woche noch Sonntag um 8, 5 und 7 Uhr und Montag, Mittwoch und Sonnabend um 5 und 8 Uhr im großen Hörsaal der Treptow-Sternwarte wiederholt. — Dienstag, den 24. Juli, abends 7 Uhr: „Beobachtung der Welt“ (astronomischer Lichtbildervortrag von Dr. Dr. Archenhold). Von nachmittags 2 Uhr ab bis 8 Uhr abends werden mit dem großen Fernrohr die neuen Sonnensflecken Gruppen, die größer als 30 Erdkugeln sind, beobachtet, und von abends 8 Uhr ab ist der Mond mit seinen Gebirgen oder der berühmte Ringnebel in der Ferne zu sehen. — Schwedische Sprachweisheit. Eigenbübel ist die erste aller Methoden zur Arbeitserparnis: er läßt den Menschen glauben, daß er bereits das sei, was er sein möchte. Selbstsucht ist die Kunst, andere glauben zu machen, daß sie mit Vergnügen etwas für uns tun, was wir selbst nicht tun wollen. Erfußbarkeit — die Zukunft des Unbeliebten. Es gibt nichts Einfacheres, als herauszubekommen, was die beste Handlungsweise ist; ist man im Zweifel über den rechten Weg, so braucht man nur den unangenehmsten und langweiligsten zu wählen. Nur die Wenigsten vermögen es, eine gute Tat zu vollbringen und dann sofort an etwas anderes zu denken.

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

„Der alte Satan!“ brach es plötzlich aus ihm hervor; dann konnte er jedoch auch nichts mehr sagen. Es war ja unchristlich, auf die Art den Namen des Teufels zu nennen, er fühlte sich davon belastet und gehemmt — auch der Schwester gegenüber; und dann war es ja eine Ueber-treibung.

Auch Kirstine sagte nichts. Sie sah da und sah zum Fenster hinaus, gegen das der November-Regen peitschte. Anders ging seiner Wege, — hier konnte er keine Lust kriegen für das, wovon sein Inneres im Begriff war über-zuliegen. — Doch als er im Hühnerhaus angekommen war und dasah und seine Pföcke mit dem Taschenmesser zu-spitzte, — da ließ er sein Inneres zum erstenmal frei ge-währen im Jörn auf den Vater, in ingrinnigen Gedanken und Phantasien. — Für den Augenblick tat das gut, aber als eine kleine Weile vergangen war, fühlte er sich ängstlich und unglücklich dabei. Das Bild seines Vaters hatte er zum Stürzen gebracht, zerschmettert lag es auf der Erde, so dächte ihn; doch zugleich war es, als sei Gott aus seiner Welt ver-schwunden. Dieses Stück blauen Himmels hoch oben — es zeigte sich gar nicht, es war gänzlich verschwunden; er fand, es sei so, wie wenn er den Gipf von einer alten Stübendecke habe nehmen wollen, weil er häßlich und schmutzig gewesen, — aber dann waren im selben Augenblick die Decke, das Dach, das ganze Haus über ihn niedergeföhrt. — Er hatte gedacht, daß es ihn wieder in gewaltige Empörung versetzen würde, wenn sein Vater endlich nach Hause käme, und er selbst sähe, wie er vor der Tür hielt und Kirstine ihn ängstlich und mit fieberhafter Wachsamkeit bediente; doch als der alte Per Hjarmsted gegen acht Uhr wirklich zum Hoftor einfuhr, da war Anders dermaßen mit religiösen Zweifeln und Spekulationen beschäftigt, daß er fast gar nicht darauf achtete. —

Per Hjarmsted war sehr reizbar in diesem Herbst. Einige von den Hühnern, denen er Porzellan von dem Gute verkauft hatte, das er „aufgestellt“, — verurachteten ihm nicht geringe Schwierigkeiten. Solche Scherereien konnten natürlich leicht entstehen, aber in diesem Fall war es sehr schwer, sie zu ordnen, denn obwohl der Mann auf dem Langhof wirklich

viele und große Geschäfte betrieb, führte er doch keine eigent-liche Rechnung und auf Kaufkontrakte oder Abtretungs-urkunden und Schuldscheine gab er nicht viel; es hieß, daß er oftmals bloß auf einem feinen Papier darüber quittierte, daß er das Geld für eine Leistung erhalten hatte; damit war der Handel in Ordnung, sofern ihn der Käufer nicht zu größerer Unständigkeit zwang. — Wenn er in seiner Kammer drinnen saß und speulierte, oft stundenlang des Tags, so konnte er manches Mal sehr praktische Pläne und Maß-nahmen erwägen, oft waren es auch Träume und Vorahnungen, denen er nachging, — allermeist aber hielt er Gedächtnisübungen ab; gewissenhaft ging er in der Erinnerung bald diese, bald jene Sache durch, deren Details vielleicht plötzlich praktische Be-deutung gewonnen hatten, und auf die er nun Stunden ver-wandte — manchmal ohne jeden Nutzen —, während er durch schriftliche Aufzeichnung beizeiten das gleiche in zwei Minuten hätte erledigen können. Wenn er dann so gelesen und aus dem Gehirn Erinnerungen herausgequält hatte, die längst im Unbewußten begraben gewesen, — so sah er oft recht sonderbar aus. Das Gesicht war verschmüht und feuerrot, das Haar hing in langen Fotteln über die Stirn herab, und die Augen waren seltsam wirt. Dann trat er häufig auf den Treppenstein vor der Haupttür hinaus, um sich abzukühlen. Mit bloßem Kopf und die Hände in den Taschen stand er da; manchmal kniff er die Augen zusammen, als hätte er sie überanstrengt, manchmal straffte er die Lippen stark über der Zahneihe, indem er den Mund breit machte; sobann streckte er den magern Hals und schob die Augenbrauen empor. — In solchen Augenblicken tat man gut daran, ihm nicht nahe zu kommen. Man vermied es auch am liebsten, ihn anzureden. Er stand da draußen auf dem Treppenstein an einem Abend im November und drehte und wendete sich. — Der Wind war regenköhl; große, zerföherte Wolken trieben am Himmel hin. — Da gewahrte er Anders, der drüben beim Hühnerhausloch an der Stallwand stand. Anders war jetzt stark sechzehn Jahre — aber klein und schwächlich von Wuchs. — Womit hantierte er doch nur da drüben? Wars das Türchen, das er nicht auf die Angeln bekommen konnte? — Er war gewöhrtig in Eifer; seinen Vater sah er gewiß gar nicht. Per Hjarmsted hörte durch den Wind hindurch einzelne laut ge-prochene, hitzige Worte: „Verfluchte Saueret!“ und ähnliches. — Plötzlich aber schmiß der Junge das ziem-

lich große Türchen auf Steinpflaster nieder, trampelte darauf herum, ergriff es wieder und warf es zu Boden, indem er gleichzeitig einen Strom wütender Scheltworte ausstieß. „Anders!“ rief Per Hjarmsted. „Ja!“ — Der Junge machte sofort vor ihm Front, sah jedoch zur Erde nieder. „Was war los mit der Hühnerfür?“ fragte Per Hjarmsted gleichsam in scherzendem Ton. „Sie wollt nicht auf die Angeln rauf.“ „So, so, wollt sie das nicht.“ Der Ton hatte einen etwas drohenden Beiklang. „Nein, wenn sie oben draufging, so war sie unten heraus, — sie wollt nicht auf beide Angeln zugleich.“ „Sieh, sieh, — wollt sie das nicht. Was hast Du denn da damit gemacht?“ „Da bin ich wütend geworden,“ sagte Anders leise und verlegen. „Na, also da bist Du wütend geworden,“ sagte Per Hjarmsted; doch im nächsten Augenblick rief er mit der vollen Kraft seiner Lungen: „Komm her zu mir!“ — und trat selbst von dem Treppenstein auf seine langen, gemundenen Beine nieder. Er nahm das Türchen dem Anders aus der Hand und schlug oder stieß ihn nun mit einer der Ecken an die Schulter, auf den Rücken, an den Kopf, mit solcher Gewalt, daß der Junge ganz betäubt auf Pflaster umfiel. „Ja werd Dich lehren wütend werden!“ rief der Alte und stieß und trat mit seinen Stiefeln auf den Jungen, „ich werd Dich lehren, wütend werden!“ — Sollst Du so den Teufel über Dich regieren lassen, was, sollst Du, sollst Du so den Teufel Macht über Dich bekommen lassen!“ Anders war erstarrt am ganzen Körper vor Wut und Schmerz. Mit abgewandtem Gesicht lag er auf der Erde. Der Vater war wieder auf den Treppenstein hinaufgegangen. „Selber ein Teufel! Selber ein Teufel!“ zischte Anders zwischen den Zähnen hervor. Der Vater konnte die Worte sicherlich nicht hören, aber er verspürte etwas Trohiges im Klange. „Sieh auf!“ befahl er. „Sieh mich an! — Wonach schielst Du?“ Anders hatte sich erhoben und stierte dem Vater in die Augen.

(Fortf. folgt.)

